

Leistungsbilanz - 1979 bis 2004

25 Jahre CDU-Fraktion im Rat der Stadt

I. Wahlperiode von 1979 bis 1984

Am 30. September 1979 wählen die Krefelder Bürger einen neuen Stadtrat. Von den 59 Mandaten kann die CDU 30 Mandate erringen. 25 Mandate fallen an die SPD und 4 Mandate an die F.D.P. Mit der F.D.P. vereinbart die CDU-Ratsfraktion eine partnerschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Die Oberbürgermeister heißen Hansheinz Hauser (bis 1982) und Dieter Pützhofen (ab 1982). In dieser Ratsperiode stellt die CDU-Ratsfraktion 166 Anträge für den Krefelder Stadtrat und seine Ausschüsse.

Verwaltung und Organisation:

Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung haben für die CDU-Ratsfraktion Priorität. Mit der Einsparung von Stellen und Personalkosten schlägt die Mehrheitsfraktion einen unvermeidlichen Sparweg ein. Freiwerdende Stellen sind automatisch für eine Wiederbesetzung gesperrt, zunächst ist zu überprüfen ob auf die freigewordene Stelle künftig verzichtet werden kann. Dieser konsequente Kurs führt in den Jahren 1979 bis 1984 zu einem Abbau der Personalstellen von 3.621 auf 3.537 und damit zu einer Senkung des Personalkostenanteils am Gesamthaushalt auf 29,2 %. Dieser Wert liegt deutlich unter den Werten anderer vergleichbarer Großstädte. Für die Prüfung von Stellenfreigaben, für Aufgabenzuweisungen und die Bewertung von Stellen ist auf Anregung der CDU-Fraktion ein Unterausschuss des Verwaltungsausschusses zuständig. Eine umfassende Aufgabenkritik findet statt. So bringt die Optimierung der Stadtbücherei eine jährliche Ersparnis von 120.000 DM, eine konsequente Bewirtschaftung der Aufwendungen für die Straßenbeleuchtung erspart rd. 1,5 Mio. DM p.a., und die Übertragung der Schlüsselgewalt für Turn- und Sporthallen auf die Sportvereine sowie die wirtschaftlichere Betreuung offener Sportanlagen führt zu einer jährlichen Ersparnis von rund 300.000 DM zusätzlich zu den Personaleinsparungen. Privatisierungen in den Bereichen Gebäudereinigung, Fensterreinigung, Grünpflege, Straßenunterhaltung, Parkgräberpflege führen zu weiteren nennenswerten Einsparungen.

Wirtschaftliche Zukunftssicherung

An der Breuershofstraße und an der Bischofstraße werden Gewerbeflächen erschlossen und aktiviert. In den Gewerbegebieten Bockum, Linn und Anrather Straße finden Gewerbeansiedlungen statt. Eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft wird gegründet und ein Wirtschaftsförderungsprogramm zur Lösung von Standort- und Umweltfragen, zur Förderung von Existenzgründungen, zur Beratung bei Betriebserweiterungs- und Finanzierungsfragen, zur Vermittlung von Grundstücken im Stadtgebiet oder am Rheinhafen, Produkt- und Verfahrensinnovationen, Verbindung zu Einrichtungen der Forschung und Forschungsförderung, Kooperation mit den zuständigen Behörden konzeptioniert und dem Verwaltungshandeln zugrunde gelegt. Der Hafen wird erweitert, und auf Anregung der CDU-Fraktion wird ein regionales Wirtschaftsförderungskonzept in den GEP für den Regierungsbezirk Düsseldorf aufgenommen, um die Wirtschaftskraft des linken Niederrheins zu steigern. Die Ausgabe-steigerung wird auf einen Prozentsatz gedeckelt und liegt damit erheblich unterhalb der allgemeinen Kostenentwicklung, so dass der Haushalt trotz Kürzung der Landeszuweisungen um 46 Mio. DM ausgeglichen werden kann.

Stadtgestaltung/ Umweltschutz

Ein Denkmalausschusses wird gebildet, und zahlreiche stadtprägende Objekte (281 allein im Jahr 1981) werden unter Denkmalschutz gestellt. Eine Denkmalliste wird beraten, historische Bauten in Linn werden erhalten und ausgebaut, die alte Reinigungsanlage in Uerdingen wird

durchbaut und restauriert, der Bohrturm des Krefelder Sprudels und die Wallstraße saniert sowie die Hülser Klausur durchbaut.

Der Wohnungsbestand wird zur Förderung kinderreicher Familien (Eigentumswohnungen und Eigenheimbau) von 96.588 im Jahr 1979 um etwa 5.000 auf über 100.000 im Jahr 1984 erhöht; mit 1,8 Mio. DM hat die Stadt 1.710 Mietwohnungen und über 500 Eigentumswohnungen gefördert. Die Zahl der Spielplätze erhöht sich von 126 im Jahr 1979 um 12 auf 138 im Jahr 1983, dafür hat die Stadt 1,5 Mio. DM aufgewandt und zusätzlich 2,7 Mio. DM in die Unterhaltung investiert. Parallel werden in den Wohnbereichen (z.B. Wallenburgdyk, Krahenstraße, Dieselstraße und Blumenplatz) verkehrsberuhigte Zonen und fußgängerfreundliche Straßen geschaffen.

Die Umgehungsstraße Krefeld-Süd von Stahlwerkstraße bis Hauptstraße und die Umgehungsstraße Hüls werden realisiert. Das Parkhaus auf dem Bunker am Hauptbahnhof (Hansastraße) wird mit 480 Einstellplätzen und einem Aufwand von 6,5 Mio. DM gebaut. In ganz Krefeld werden 3.000 neue Straßenbäume gepflanzt, so dass an den Krefelder Straßenrändern 21.000 Bäume stehen. Die Straßenbahn wird bis Elfrath weitergeführt, die Gladbacher Straße an die A 44 angeschlossen, Ortsteilverbindungen Traar-Uerdingen und Uerdingen-Linn werden geschaffen, das Radwegenetz wurde ausgebaut, und die Nordtangente (B 509) erhält vier Spuren.

Ein Ausschuss für Umwelt wird gebildet und ein Umweltamt eingerichtet, das Fernwärmenetz wird ausgebaut, und die öffentliche Grünfläche wird von 368 auf 448 Hektar erweitert, dank bürgerschaftlichen Engagements wird der Stadtpark Uerdingen um 40.000 qm erweitert, und zwischen Holthausens Kull und Ottostraße wird eine Grünanlage geschaffen.

Mit einem Aufwand von 50 Millionen DM erweitert die Stadt das Kanalnetz von 614 auf 651 km. Auch der Ausbau der Kläranlage wird abgeschlossen und garantiert nunmehr eine vollbiologische Abwasserreinigung; Kosten: 43 Mio. DM; die Müllkippe Inrath wird begrünt, die Wasserversorgung wird durch den Bau der Wasserversorgungsanlage Rheinfähre, den Ausbau des Wasserwerks V (In der Elt) sowie die Sanierung des Wasserwerks III (Hüls) sichergestellt. In dieser Zeit entstehen 213 neue Kleingärten, mit den Sanierungsgebieten Süd I und Süd II werden Schwerpunkte in der Entwicklung der südlichen Innenstadt gesetzt. Daneben geben das Sanierungsgebiet „Stephanstraße/Wallstraße“, das Sanierungsgebiet „Linn“, das Sanierungsgebiet „Viktoriastraße“, das Sanierungsgebiet „Bleichpfad III“ wichtige Impulse für die Stadtentwicklung. Die von der CDU-Ratsfraktion angeregte Rathaus-Umfeld-Planung dient nicht nur der Verbesserung der Wohnnutzung und der Schaffung zusätzlichen Parkraumes, sondern lockert als städtebauliche Maßnahme die dicht bebaute Innenstadt durch eine neu gebildete Platzfolge auf.

Regionalpolitik

Die CDU-Ratsfraktion hat die wachsende Bedeutung der Regionalpolitik frühzeitig erkannt und die Gründung und Weiterentwicklung interkommunaler Verbindungen zwischen Kreisen, Städten und Gemeinden des Niederrheins vorangetrieben. Beispiele dafür sind die Arbeitsgemeinschaft Niederrhein am unteren Niederrhein, die Interessengemeinschaft Mittlerer Niederrhein sowie die Regio Rhein-Maas-Nord. Krefeld baut seine oberzentrale Funktion am Niederrhein aus und sichert seine Rolle als Standort wichtiger Behörden.

Sport

Im Sport genießt das bürgerschaftliche Engagement Priorität. Die Zuschüsse an den Vereinssport für jugendliche Mitglieder, für die Beschäftigung von Übungsleitern, die Beihilfen zur Anschaffung von Sportgeräten, Fahrtkostenzuschüsse für die Teilnahme an Deutschen Meisterschaften, Ausfallgarantien für Sportveranstaltungen mit überörtlicher Bedeutung sowie die Förderung vereinseigener Sportanlagen stehen für das große Engagement der Stadt

Krefeld. Mit 12 Sporthallenbauten hat die CDU-Ratsfraktion ihr Schwerpunktprogramm „Turn- und Sporthallen“ nachdrücklich in die Tat umgesetzt. Auch das Programm Bezirks-sportanlagen ist Schwerpunkt der Investitionen.

Schule

Die wesentlichen Schulraumprobleme hat die CDU-Fraktion durch folgende Baumaßnahmen gelöst: Um- und Neubau der Gemeinschaftsgrundschule Felbelstraße, Fertigklassen an der Gemeinschaftshauptschule Prinz-Ferdinand-Straße und an der Katholischen Hauptschule Gladbacher Straße, Erweiterung der Gemeinschaftshauptschule Inrather Straße und Rote-Kreuz-Straße zur Dreizügigkeit, Aufstellung von Fertigklassen an den Schulen für Lernbehinderte von-Ketteler-Straße, Rundweg und Inrather Straße, Neubau des Lehrschwimmbekens und der Gymnastikhalle sowie Umbau des Schulgebäudes Stettiner Straße für die Schule für Geistigbehinderte. Umsetzung von zwei je vierklassigen Pavillons zur Realschule Oppum, Neubau eines dreizügigen Schulgebäudes für das Maria-Sybilla-Merian-Gymnasium, Aufstellung eines Fertigklassentraktes für den Fachbereich Gestaltung der Berufsschule II Glockenspitze, Neubau des I. Bauabschnitts für die Berufsschule I, Umbau des Schulgebäudes Neuer Weg für die Berufsschule IV. Die CDU-Fraktion hat den Bestand der Krefelder Schulen gesichert und wesentlich verbessert.

Mit bundesweiter Anerkennung führt Krefeld das so genannte Krefelder Modell zur Betreuung ausländischer Kinder an Krefelder Grundschulen ein. Das Modell wird auf 20 weitere Krefelder Grundschulen mit hohem Ausländeranteil übertragen und sichert die integrative Betreuung der Kinder. Später wird das Modell mit Bundes- und Landesunterstützung auf weiterführende Schulen in Krefeld ausgedehnt. Viele Krefelder Schulhöfe erhalten eine neue Gestalt. Für den Schulsport ist die neue Schulsportanlage am Schulzentrum Hüls ein besonderes Highlight. Zur Koordinierung der Projekte und Modelle im Schulwesen wird eine Pädagogische Arbeitsstelle eingerichtet. Die CDU-Fraktion initiiert die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für die Jahre 1990 – 1995.

Hochschule

Die Zahl der Studierenden in Krefeld hat sich von 2216 auf 3122 erhöht. Mit dem Studentenwohnheim Vennfelder Straße wird die Wohnsituation für die Studenten verbessert. Darüber hinaus werden die Voraussetzungen für die Ansiedlung des Studienzentrums in Krefeld geschaffen. Zwischen der Stadt Krefeld und der Fernuniversität wird ein Kooperationsvertrag über eine verstärkte Zusammenarbeit geschlossen.

Beschäftigungspolitik

Auf Antrag der CDU-Ratsfraktion hat der Rat ein 13-Punkte Programm zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit verabschiedet. 1984 stellt allein die Stadt Krefeld 75 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Darüber hinaus werden zusätzlich über- und außerbetriebliche Ausbildungsplätze geschaffen. Das Angebot einer vollzeitschulischen Berufsausbildung in anerkannten Berufen wird erweitert. Die von Oberbürgermeister Dieter Pützhofen ins Leben gerufene Krefelder Runde für „Arbeit und Wirtschaft“ stellt 200 Praktikantenstellen, 40 zusätzliche Ausbildungsplätze im Einzelhandel sowie 80 zusätzliche Ausbildungsplätze in Handwerk und Hauswirtschaft zur Verfügung. Im Landesjugendheim Fichtenhain entsteht eine Jugendwerkstatt mit 18 Plätzen, an der sich die Stadt mit 120.000 DM im Jahr beteiligt. Auch das vom Katholikenrat der Region Krefeld initiierte Arbeitslosenzentrum erhält eine finanzielle Unterstützung durch die Stadt.

Jugendpolitik

Förderung der verbandsgebundenen und offenen Jugendarbeit, Ausbau des Kindergartenangebots, Bekämpfung von Jugendkriminalität und Suchtproblemen sowie die Sicherung und

der Ausbau von Kinderspielplätzen sind die Schwerpunkte der jugendpolitischen Arbeit der CDU-Ratsfraktion. 600.000 DM werden für Kinder- und Jugendferienerholungsmaßnahmen investiert, davon profitieren 5.000 Krefelder Kinder und Jugendliche. 13 Jugendfreizeitstätten erhalten 800.000 DM Betriebskostenzuschüsse. Das Jugendheim Herbertzstraße wird für 2,3 Mio. DM gebaut, die Freizeitanlage Kölner Straße erhält mehr Personal, die Stadt sichert den Betrieb des Jugendhauses durch einen Zuschuss, die Stadt übernimmt die laufenden Betriebskosten der Jugendfreizeitstätten Herbertzstraße und Süd, an der Errichtung des GOT an der Felbelstraße beteiligt sich die Stadt mit 1,3 Mio. DM. Dies geschieht alles trotz knapper Finanzen und ohne pauschale Kürzungen. 12 neue Bolzplätze entstehen, und die Stadt investiert jährlich rund 2,7 Mio. DM in die Unterhaltung der Spiel- und Freizeitflächen. Mit 76,6 % liegt die Stadt über der nach dem Kindergartengesetz geforderten Quote von 75 %. Dies wird erreicht durch den Ausbau des Kindergartens Herbertzstraße, den Neubau der Kindergärten Wilhelmstraße und Lüderstraße, den Um- und Erweiterungsbau der Kindergärten St. Liboa und Hl. Schutzengel, den Ersatzbau Kindergarten Birkschendyk sowie den Um- und Ausbau des Kindergartens Lindenthal.

Kultur

Für die CDU-Ratsfraktion sind Kunst und Kultur wesentliche Säulen des bürgerlichen Lebens in Krefeld. Die Stadtbücherei wird ausgebaut und kann den Buchbestand von 190.544 im Jahr 1979 auf 236.279 Bücher im Jahr 1983 erweitern. Im gleichen Zeitraum steigen die Ausleihzahlen von 579.955 auf 603.517. 25 haupt- und 38 nebenberufliche Musiklehrer unterrichten in der Musikschule in knapp tausend Wochenstunden 2.500 Kinder, Jugendliche und Erwachsene. 1,5 Mio. DM fließen in die Renovierung des Haus Sollbrüggen. Nach Abschluss der Arbeiten verfügt die Musikschule über ein angemessenes Raumangebot. Die Ausstellungstätigkeit der Kunstmuseen wird trotz des engen Finanzrahmens fortgesetzt und ausgebaut und sorgt auch international für Anerkennung. 1981 wird Haus Esters eröffnet. Mit insgesamt 74 Wechsellausstellungen sind die drei Kunstmuseen Anziehungspunkt für rund 50.000 Besucher im Jahr. Die Stadt lässt sich den Betrieb der Kunstmuseen im Jahr rund 1,5 Mio. DM kosten. Am Museumszentrum Linn wird die Scheune des Winkmannshofes ausgebaut, und der Verbindungstrakt zwischen dem Museum und den Nebengebäuden des Winkmannshofes wird begonnen. Der Neubau des Textilmuseums wird 1981 seiner Bestimmung übergeben. 1982 wird erstmals das Mies-van-der-Rohe-Stipendium verliehen. Durch die Neufassung des Theatervertrages zwischen den Städten Krefeld und Mönchengladbach wird das Angebot des Gemeinschaftstheaters gesichert. Die CDU-Fraktion setzt sich mit einem speziellen Antrag für die Heranführung Jugendlicher an das Theater ein. Im Rathaus-Umfeld entsteht das eigene Haus für die Volkshochschule, das nun mit ca. 2.600 qm für Veranstaltungs- und Verwaltungsräume ausgerüstet ist. Parallel und gleichrangig fördert die CDU-Fraktion die Bildungsarbeit der freien Träger. Mit einer städtischen Förderung von 152.000 DM pro Jahr sichert die CDU-Fraktion den Bestand der Familienbildungsstätte. 1982 zieht das Stadtarchiv ins Stadthaus um und erhält angemessene Räumlichkeiten für die stadthistorische und heimatkundliche Arbeit. Mit „En Mönke voll Platt“ ruft Oberbürgermeister Dieter Pützhofer eine Initiative zur niederrheinischen Mundartpflege ins Leben.

Familien-, Senioren- und Behindertenpolitik

In der Verantwortung der CDU-Fraktion unternimmt die Stadt Krefeld große Anstrengungen, die Lebensverhältnisse möglichst familien- und kindgerecht zu gestalten. 33,9 Mio. DM wendet die Stadt für die Betriebskosten der Krefelder Kindergärten im Jahr auf und schafft so eine Versorgungsquote von 76,6 Prozent, die über der gesetzlich geforderten liegt. Für die Ehe-, Familien-, Erziehungs- und Lebensberatungsstellen entsteht dank städtischer Unterstützung ein bedarfs- und flächendeckendes Angebot. Die Pflege von alten und kranken Menschen in den Familien unterstützt die Stadt durch die Förderung der Sozialstationen, die im Jahr rund 1,3 Mio. DM erhalten. Familienerholung für einkommensschwache Familien wird im Jahr mit rund 30.000 DM gefördert. Mit dem Sozialdienst im Krankenhaus, der Behindertenfürsorge, dem Sozialpsychiatrischen Dienst, der Beratungsstelle für Sucht- und

Alkoholranke, der Nichtseßhaftenfürsorge, der Obdachlosenfürsorge schafft die CDU-Fraktion ein auf die aktuellen Bedürfnisse eingehendes soziales System. Mit dem Seniorenbeirat, der Zentralen Altenberatung und dem Ratgeber für Senioren initiiert und pflegt die Stadt ein zeitgemäßes Netzwerk der Altenhilfe und Krefeld. Mit dem Bau von rund 500 Altenwohnungen wird der Bestand auf 1.713 erhöht. Mit einer Beteiligung an den Neu- und Umbaumaßnahmen im Alten- und Pflegeheimbereich von rund 10 Mio. DM strebt die Stadt eine bedarfsdeckende Versorgung an. Mit der Förderung der Sozialstationen (1,3 Mio. DM p. a.), der Unterstützung von „Essen auf Rädern“ (rund 200.000 DM p. a.) sowie der Förderung von Altenklubs und Altenbegegnungsstätten unterstreicht Krefeld die Funktion der offenen Altenhilfe für die selbständige Lebensführung im Alter. Zunehmend gibt es sportliche Angebote für Senioren, und mit rund 3,4 Mio. DM soll Gut Schirmau zu einer Altenerholungsstätte ausgebaut werden.

Die im Rathaus eingerichtete Informationsstelle für Behinderte erweitert ihr Angebot. In der Kinderklinik der Städtischen Krankenanstalten entsteht ein Funktionsbereich Neuropädiatrie und Pädaudiologie. Im HPZ findet eine Frühbehandlung statt. Die Sonderschule für Geistigbehinderte wird durch den Umbau des Gebäudes Stettiner Straße und den Neubau des Lehrschwimmbeckens sowie der Gymnastikhalle komplettiert, eine Schule für Schwerhörige wird am Reepenweg in Betrieb genommen, das HPZ wird um 210 Werkstattplätze an der Siemensstraße erweitert, die Sachverständigengruppe für Behindertenfragen wird gegründet, der Behindertenfahrdienst wird mit 144.000 DM p. a. unterstützt.

Krankenhausversorgung

Die Krankenhäuser in Krefeld werden an die Fortschritte in Medizin und Technik angepasst. In den Krankenanstalten wird der OP-Trakt der Frauenklinik saniert, ein Ganzkörper-Computertomograph, ein Linearbeschleuniger und ein Coronarangiographischer Meßplatz werden in Betrieb genommen, die Kliniken für Neurologie und Strahlentherapie entstehen, die Städtischen Krankenanstalten sind akademisches Lehrkrankenhaus. Die CDU-Fraktion gibt eine Generalplanung für die Städtischen Krankenanstalten in Auftrag und setzt sich dafür ein, dass die notwendigen Klinikneubauten Perspektive haben. Das Cäcilienhospital in Hüls wird als Krankenhaus der Grund- und Regelversorgung erhalten und mit 212 Betten in den Krankenhausbedarfsplan des Landes Nordrhein-Westfalen aufgenommen

II. Wahlperiode von 1984 bis 1989

Am 30. September 1984 wählen die Krefelder Bürger den Krefelder Stadtrat. Von den 59 Mandaten kann die CDU 31 Mandate erringen. 23 Mandate fallen an die SPD und 5 Mandate an die Grünen. Die F.D.P. ist nicht im Krefelder Stadtrat vertreten. Als Oberbürgermeister wird Dieter Pützhofer wieder gewählt. In dieser Ratsperiode stellt die CDU-Ratsfraktion über 150 Anträge für den Krefelder Stadtrat und seine Ausschüsse.

Haushalt/Finanzen/Wirtschaftsförderung

Reduzierung der Neuverschuldung, Begrenzung des Haushaltswachstums, Personalkostenbegrenzung und Bildung einer Investitionsreserve sind die zentralen Leitlinien einer verantwortungsbewussten Haushaltspolitik der CDU-Ratsfraktion. Mit der Anerkennung unabhängiger und namhafter Institutionen, beispielsweise der IHK Mittlerer Niederrhein, legt die Stadt Krefeld 1989 einen ausgeglichenen Haushalt vor. Dieser Erfolg ist der stetigen Haushaltspolitik der CDU-Fraktion zu verdanken und tritt trotz der seit Jahren anhaltenden Kürzungen der Finanzzuweisungen durch das Land NRW ein. Von 83,6 Mio. DM im Jahr 1980 sinken die Zuweisungen auf 55,8 Mio. DM im Jahr 1989. Die CDU-Fraktion begegnet diesen Ausfällen mit einem Haushaltssicherungskonzept und erzielt dadurch in den Jahren 1987 bis 1990 Haushaltsverbesserungen von rund 126 Millionen DM. In Krefeld gibt es nicht den vielerorts

üblichen Verfall kommunaler Investitionen, dabei flacht der Zuwachs der Kreditverschuldung sogar ab.

Arbeitsplatzsicherung gehört zu den Erfolgen der auf Initiative der CDU-Ratsfraktion gegründeten Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Arbeitsplätze sichern, Produktivität der Unternehmen steigern helfen und Unternehmen ansiedeln sind die zentralen Aufgaben und Anliegen dieser Gesellschaft. Von 1984 bis 1988 hat die WfG rund 1.355.000 m² Fläche umgesetzt, in dieser Zeit siedeln sich 75 Betriebe neu an (z. B. BMW, Okuma, Messer-Griesheim) und schaffen 1.132 Arbeitsplätze. Kreditvermittlung, Technologietransfer, Kunden-Lieferantenkontakte, Joint Venture Projekte führen zu erheblichen – gleichwohl nicht im einzelnen messbaren – Erfolgen für den Standort Krefeld. Mit 127.000 m² erschlossener und sofort verfügbarer Gewerbefläche hat die Stadt die Grundlage für eine ansiedlungsfreundliche Politik geschaffen. Auf Initiative von Oberbürgermeister Dieter Pützhofer wird der Arbeitskreis „Standort Krefeld“ gegründet. Mit großem Erfolg hat sich die Stadt Krefeld auf Antrag der CDU-Ratsfraktion gegen die Stilllegung der Bundesbahnstrecke Kleve-Köln gewandt und die Ausdünnung des Schienenverkehrs am linken Niederrhein aus regionalpolitischer Sicht abgelehnt. Die Mitgliedschaft im kostenträchtigen und bürokratischen VRR hat die Stadt Krefeld mit dem Ziel aufgekündigt, um effektivere Regelungen zu erreichen. Mit dem veränderten Einnahmeaufteilungsvertrag sieht die Stadt bereits einen ersten Erfolg. Die CDU-Fraktion beantragt die Aufnahme der Stadt Krefeld in das Landesförderprojekt „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“.

Bauwesen/Stadtplanung/Stadtentwicklung

Krefeld ist oberzentrale Kernstadt einer Region von über 700.000 Einwohnern und braucht als solche ein überzeugendes Entwicklungskonzept. Die Eröffnung des Hansazentrums und die Fertigstellung der Seidengalerie sorgen für eine erhebliche Aufwertung der Krefelder Innenstadt. Bequemes Einkaufen, sinnvolle Verkehrsregelungen, Baulückenschließung und Gestaltung der Wälle sind Maßnahmen, mit denen die CDU-Ratsfraktion über städtisches Engagement privates Investment stärken will. Mit dem Rahmenplan Innenstadt gibt es hierfür die erforderliche Initiative. Durch Zuschüsse fördert die Stadt Krefeld auf Initiative der CDU-Ratsfraktion die Baulückenschließung in der Innenstadt (Nassauerring, Oraniering, Preußenring, Frankenring, Deutscher Ring, Tannenstraße, Bahndamm, Voltastraße, Philadelphiastraße, Leyentalstraße, Blumentalstraße). Daneben genießt die Gestaltung von Straßen und Plätzen hohe Priorität. Mit 8 Bebauungsplänen und 14 Bebauungsplanänderungen konnte die Spielhallenflut in der Innenstadt eingedämmt werden. Für die Erneuerung der Süd-West Stadt wird ein Realisierungskonzept vorgelegt. Das Rathaus-Umfeld wird mit Tiefgarage für 868 Stellplätze, Kinderspielplatz, Büro- und Verwaltungsräumen, Volkshochschule, Gesundheitshaus, Arbeitsgericht sowie 84 Wohnungen neu gestaltet. Das Wohnumfeld „Rund um Liebfrauen“ wird mit großem Aufwand neu gestaltet, die Fabrik-Heeder wird mit der Studiobühne für das Stadttheater sowie Räumen für Gemeinschaftszwecke und zur Unterbringung der Bezirksverwaltungsstelle Süd ausgebaut. Der Südausgang Hauptbahnhof wird mit einem Aufwand von 14 Mio. DM geschaffen. Das Sanierungsgebiet Süd I mit insgesamt 2,4 Hektar wird abgeschlossen, es entstehen eine Tiefgarage und ein Garagengeschoss mit ca. 850 Stellplätzen, über 200 Wohnungen, Läden, Büroflächen, das Hansa-Hotel, das Hanseanum, ein Postamt, eine Ladenpassage, ein neuer Busbahnhof sowie ein zentraler Umsteigeplatz. Die Sanierungsgebiete Bleichpfad II, Süd II-Krahenstraße, Süd II-Virchowstraße, Viktoriastraße, Stephanstraße werden abgeschlossen beziehungsweise wesentlich vorangebracht. In Fischeln wird die Kölner Straße umgebaut und der Marienplatz neu gestaltet, in Hüls wird der Ringbusverkehr erprobt, für den Gestaltungs- und Verkehrsplan Oppum werden 100.000 DM investiert; ein Verkehrsentwicklungsplan für Krefeld insgesamt wird in Auftrag gegeben. Mit zahlreichen Verkehrsberuhigungen, Tempo-30-Zonen und Ampelanlagen wird die Verkehrssicherheit zentrales Thema und werden Unfallschwerpunkte entschärft.

Der Landschaftsplan stellt 55 % des Stadtgebietes unter besonderen Schutz. Zur Sicherung des natürlichen Lebensraumes rund um die Stadt gibt die Stadt Krefeld rund 1,5 Mio. DM p. a. aus. Durch entsprechende Bebauungspläne haben die Kleingartenvereine größtmögliche Planungssicherheit erhalten. 70 neue Kleingärten werden geschaffen. Im GEP werden 150 ha zusätzliche Flächen für Wohnsiedlungsbereiche und 95 ha für Gewerbe und Industrie ausgewiesen. Insgesamt werden in Krefeld 5.378 neue Wohnungen gebaut und der Wohnungsbestand auf 105.817 Wohnungen erhöht. Mit einem Aufwand von 1,25 Mio. DM werden acht neue Kinderspielplätze geschaffen. Zur Stärkung des Einzelhandels wird ein Zentrenkonzept entwickelt. Zur optimalen Nutzung des Parkraums in der Innenstadt wird ein Park-Leit-System installiert. Für die Innenstadt fordert die CDU-Ratsfraktion eine Radwegekonzeption, das Radwegenetz wird um rund 11 km auf 160 km erweitert. Für Straßen- und Kanalbau werden insgesamt 190 Mio. DM ausgegeben. Mit der Fußgängerzone Hansastrasse/Neusser Straße/Gladbacher Straße und den Maßnahmen Deutscher Ring/Am Hauptbahnhof/Hansastrasse, der Heinrich-Malina-Straße, der St. Anton Straße, dem Von-der-Leyen-Platz, Gartenstraße, Carl-Wilhelm-Straße, Anne-Frank-Platz, Platz An der alten Synagoge u. a. werden wichtige Akzente gesetzt. Der weitere Ausbau der Kläranlage wird beschlossen. Die Beratung der Denkmalliste wird zügig vorangetrieben. Für den historischen Linner Ortskern wird eine Denkmalbereichssatzung erlassen. Für den mittelalterlichen Stadtkern von Uerdingen und den Ortskern von Hüls werden solche Satzungen erarbeitet.

Familien-, Jugend- und Sozialpolitik

Der Kindergartenbedarfsplan wird fortgeschrieben. Die Bedarfsdeckungsquote konnte auf 77,1 % angehoben werden. An der Körnerstraße in Uerdingen wird ein Viergruppen-Kindergarten errichtet, ein Zweigruppenkindergarten in Oppum an der Gemeinschaftsgrundschule Fungendonk, ebenfalls Zweigruppenkindergärten im Gebäude der Alten Schule sowie im Cäcilienhospital in Hüls. Mit ihrem Antrag, einen Jugendschutzbericht zu erstellen, setzt die CDU-Fraktion einen wichtigen Schwerpunkt. Für die Förderung des Jugendschutzes werden 100.000 DM bereitgestellt. Der Jugendförderplan wird überarbeitet. Die Arbeit der Jugendverbände wird mit 220.000 DM, Bildungs- und Schulungsmaßnahmen mit 205.000 DM sowie Kinder- und Ferienerholungsmaßnahmen mit 664.000 DM gefördert. Die 16 offenen Jugendfreizeiteinrichtungen werden um fünf Schwerpunkteinrichtungen ergänzt. Die Träger erhalten eine angemessene Personal- und Sachkostenförderung. Insgesamt werden die offenen Jugendeinrichtungen mit 1.151.000 DM gefördert, für die städtischen Jugendzentren wendet die Stadt jährlich rund 700.000 DM auf.

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit werden forciert. Die Jugendwerkstatt Fichtenhain und das Arbeitslosenzentrum können weiter gefördert werden.

Die bedarfsgerechte Versorgung mit Ehe-, Familie-, Erziehungs- und Lebensberatungsstellen kann aufrechterhalten werden. Rund 5.000 Kinder können im Jahr an städtisch geförderten Kinderferienerholungsmaßnahmen teilnehmen. Als Form der intensiven ambulanten Jugendhilfe wird eine sozial-pädagogische Familienhilfe eingerichtet. Der Neubau der Familienbildungsstätte an der Felbelstraße wird mit 800.000 DM gefördert und in Betrieb genommen.

Mit Rücksicht auf die demographische Entwicklung beantragt die CDU-Ratsfraktion die Überarbeitung des Altenrahmenplans. Die Zahl der Altenheimplätze stieg von 634 auf 803. Das Städtische Altenheim in Hüls – Fischers-Meyser-Stift – wird saniert. Am Westwall entsteht – gefördert mit einem städtischen Darlehen von 1 Mio. DM – ein Altenheim des Evangelischen Gemeindeverbandes. Der Ratgeber für Senioren wird neu aufgelegt. Mit 1.940 Altenwohnungen hat sich der Bestand um 227 erhöht. Der Seniorensport gewinnt immer mehr an Bedeutung und wird durch die Stadt Krefeld gefördert. Gut Schirmau hat sich zu einem außerordentlich beliebten Ausflugsziel für Krefelder Seniorinnen und Senioren entwickelt. Die CDU-Ratsfraktion hat ein Zukunftsprogramm für ältere Menschen in Krefeld erar-

beitet, das den Ausbau der ambulanten Strukturen, den Aufbau unterschiedlicher Wohnformen mit abgestuften Betreuungsangeboten sowie die familiennahe Rehabilitation vorsieht.

Im Rahmen des Programms „Hilfe zur Arbeit“ werden rund 300 zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten geschaffen.

In den Krankenanstalten werden unter anderem die Frauenklinik saniert, ein ehemaliges Wohnheim als Wechselkrankenhaus hergerichtet, die operative Intensivstation erweitert, ein Neubau zur Unterbringung des Kernspintomographen geschaffen, die Neurochirurgie neu gebaut, die Dermatologische Klinik teilsaniert sowie die Perinatologie fertig gestellt. Am Cäcilienhospital wird eine geriatrische Abteilung mit 48 Betten eingerichtet. Die Planung für den Neubau eines Gesundheitshauses zur Unterbringung des Gesundheitsamtes im Rathaus-Umfeld wird abgeschlossen.

Schule/Kultur

Stärkung der Hauptschule, Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung, Weiterentwicklung der beruflichen Schulen sowie die Verbesserung der räumlichen Unterbringung insgesamt sind die Schwerpunkte der CDU Ratsarbeit. Im Bereich der Hauptschulen werden die Fachräume ausgebaut und besser ausgestattet, das Krefelder Modell im S I-Bereich und die Beteiligung am Schulversuch „Erweitertes Bildungsangebot“ dienen der Aufwertung der Hauptschulen. Der Ganztagsbetrieb an der Realschule Oppum und der Hauptschule Schmiedestraße wird aufgenommen. An acht Hauptschulen gibt es den Modellversuch, durch AG's, wahlfreien Unterricht, Projekte u. ä. ein erweitertes Bildungsangebot zu schaffen. Jede an diesem Projekt beteiligte Schule erhält zusätzlich 2.000 DM von der Stadt Krefeld. Die Ausstattung der beruflichen und weiterführenden Schulen mit Informationstechnik beginnt. Gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer wird an den beruflichen Schulen in Uerdingen ein Schulungszentrum für die gewerbliche Aus- und Weiterbildung mit einem Gesamtinvestitionsvolumen eingerichtet. Die Veranstaltungsreihe „Schulkultur“ wird ins Leben gerufen. Die Hauptschule Inrather Straße wird zur Dreizügigkeit erweitert, das Schulzentrum Oppum wird auf vier Züge erweitert, der zweite Bauabschnitt des Berufsschulzentrums Uerdingen sowie die Sporthalle mit Mehrzwecknutzung werden errichtet, am Schulzentrum Oppum wurde eine Zweifachturnhalle gebaut, das Hauptgebäude der Buchenschule wird umgebaut und erweitert, an der Grundschule Girmesdyk werden zwei Pavillonklassen errichtet, das Dach der Ter-Mer-Schule wird saniert, es finden an vielen Schulen umfangreiche Sanierungen an Dach und Fach statt. Allein 1989 fließen über 5 Mio. DM in die Unterhaltung und Instandsetzung der Schulgebäude. Die erste Städtische Gesamtschule nimmt im Gebäude der Hauptschule Rote-Kreuz-Straße ihren Betrieb auf. Im Schulzentrum Reepenberg wird eine zweite Städtische Gesamtschule mit vier Zügen errichtet. Inzwischen wird die vollzeitschulische Berufsausbildung an den beruflichen Schulen für über 500 Schülerinnen und Schüler praktiziert. Die Integration ausländischer Schülerinnen und Schüler wird durch die „Regionale Arbeitsstelle zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher (RAA)“ weiter befördert. Erstmals finden Lehrerbetriebspraktika statt, es wird die kommunale Lehrerfortbildung und die Umwelterziehung an den Schulen eingeführt.

Allein 1989 werden für das Stadttheater rund 14 Mio. DM aufgewandt. Die CDU-Fraktion macht deutlich, dass sie das vielfältige Krefelder Kulturangebot – trotz knapper Kassen – nicht nur erhalten, sondern auch ausbauen will. Mit dem 1. Bauabschnitt zur Sanierung des Theaters wird begonnen. Mit der für rund 7,6 Mio. DM umgebauten Fabrik Heeder steht dem Theater eine zweite Spielstätte mit Studiobühne zur Verfügung. 9,5 Mio. DM haben Bau und Einrichtung des neuen VHS Gebäudes gekostet. Sowohl die Zahl der Unterrichtsstunden wie auch der Hörer konnte rasant gesteigert werden. Der Zoo wird durchschnittlich am Tag von 1.000 Menschen aufgesucht. Der Tierbestand wird vervollständigt, und die Gehege werden weiter ausgebaut. 1988 feiert der Zoo sein 50jähriges Bestehen. Eine Fabrikhalle am Dießemer Bruch wird zur Kulturfabrik umgebaut. Auch der Südbahnhof wird einer kulturellen Nutzung zugeführt. Für das Buschhüterhaus „Alte Post“ wird gemeinsam mit der Fachhoch-

schule Niederrhein ein Nutzungskonzept entwickelt, mit dem Ziel, das Erdgeschoß den Designstudenten für Atelierzwecke zur Verfügung zu stellen. Mit einem Stiftungsvermögen von 1,5 Mio. DM gründet die Sparkasse Krefeld die „Stiftung zur Förderung kultureller Anliegen in der Stadt Krefeld“. Volks-, Schützen- und Heimatfeste werden durch die Stadt Krefeld ebenso gefördert wie der Krefelder Rosenmontagszug und die Karnevalszüge der Vororte.

Umweltpolitik

Auf Initiative der CDU-Ratsfraktion wird erstmals ein Krefelder Umweltbericht vorgelegt. Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Umweltschutzprogramm zu erarbeiten. Mit dem ersten Teilbereich „Bodenschutz“ wird begonnen. Die CDU-Fraktion initiiert den Wettbewerb „Biotop pflegen und anlegen, Arten schützen und erhalten“, auf Antrag der CDU-Fraktion werden die Krefelder Umwelttage veranstaltet, es finden so genannte Umweltgespräche im Umweltamt statt. Ein Altlastenkataster wird aufgelegt. Der Winterstreudienst wird im Sinne der Umwelt auf das Notwendigste eingeschränkt. Bei der Grünpflege wird auf den Einsatz von Herbiziden weitestgehend verzichtet. Allein 1989 wurden unter der Überschrift „Straßenbegleitgrün“ an den Krefelder Straßen rund 20.000 neue Bäume und Sträucher gepflanzt. 400.000 DM hat die CDU-Fraktion 1989 für den Ankauf schutzwürdiger Flächen bereitgestellt. Im Hülser Bruch wird eine ökologisch wertvolle Fläche von rund 15.000 m² erworben. Die Aktion „Sauberes Krefeld“ verläuft sehr erfolgreich. Müll und Klärschlamm werden in modernsten technischen Verfahren mit höchstmöglichem Umweltschutz entsorgt. Bei der MKVA werden ein neuer Sperrmüllbunker und eine Filterstaubseparierungsanlage eingerichtet. Weitere Investitionen von rund 40 Mio. DM sind vorgesehen. Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sollen privatisiert werden. Organische Stoffe werden kompostiert. Krefeld erstellt als erste Stadt in NRW ein Abfallkataster. Auf Initiative der CDU-Fraktion wird ein Verein für Abfallvermeidung gegründet. Es wird die Stelle eines Abfallberaters eingerichtet.

Sicherheit/Ordnung/Verkehr

Auf Antrag der CDU-Fraktion wird ein Sicherheitsentwicklungsplan erarbeitet. Die örtliche Präsenz der Polizei bleibt im Sinne der Bürger aufrecht erhalten. Das Amt für Zivilschutz wird geschaffen und die Rathaustiefgarage als Schutzraum hergerichtet. Die Stadt investiert 300.000 DM in den Katastrophenschutz.

Sport/Freizeit

Vereine und Verbände erhalten im Rahmen der Sportförderrichtlinien weiterhin Zuschüsse für jugendliche Mitglieder, zur Beschäftigung von Übungsleitern, Beihilfen zur Anschaffung von Sportgeräten, Fahrtkostenzuschüsse und Ausfallgarantien. Von 1984 bis 1988 wendet die Stadt für den Sport insgesamt 120,5 Mio. DM auf. Auf die Sportstättenunterhaltung entfallen 78,3 Mio. DM, auf Investitionen 42,2 Mio. DM, auf Jugendförderung 1,2 Mio. DM und auf Zuschüsse für die Beschäftigung von Übungsleitern 543.000 DM.

Das Schwerpunktprogramm Turn- und Sporthallen wird weiter umgesetzt. Verwirklicht werden die Dreifachsporthalle Uerdingen, die Zweifachsporthalle Oppum sowie die Turnhalle Sollbrüggenstraße. Die Planung für die Turnhalle am Arndtgymnasium ist abgeschlossen. Von 1984 bis 1989 investiert die Stadt in die Grunderneuerung der offenen Sportanlagen 1,1 Mio. DM. Die Sportanlage Reinersweg erhält einen neuen Belag und die Errichtung notwendiger Umkleiden soll vorgezogen werden. Auch die Sportanlagen im Kaiser-Wilhelm-Park, Horkesgath, Gladbacher Straße, Hubert-Houben-Kampfbahn, Hüls-Nord, Glockenspitze und Schießsportanlage Hüls werden saniert. Insgesamt werden die offenen Krefelder Sportanlagen um 60.000 m² erweitert. Für den Bau vereinseigener Sportstätten stellt die Stadt Zuschüsse von 563.000 DM zur Verfügung. Die Städtischen Bäder werden für das Publikum insgesamt attraktiver gestaltet. Die Rheinlandhalle wechselt in städtischen Besitz und wird durch den Einbau von Umkleide- und Sanitäreinrichtungen für den Eissportbetrieb mit knapp 500.000 DM verbessert. Der Elfrather See wird um 50 ha nutzbarer Wasserfläche erweitert.

Es wird ein Schulsportkonzept erstellt und Schulsportmodelle für Eislaufen, Tennis und Fechten entwickelt und umgesetzt. Die CDU-Ratsfraktion ruft das so genannte Krefelder Sportforum als alljährlich stattfindendes Gespräch der Krefelder Sportvereine und des Stadtsportbundes mit der CDU-Ratsfraktion ins Leben.

Personal- und Organisation:

Der Entbürokratisierungs- und Rationalisierungskurs wird fortgesetzt. Trotz zusätzlicher per Gesetz übertragener Aufgaben bleibt die Zahl der Personalstellen relativ konstant. Der Anteil der Personalkosten an den Verwaltungsausgaben wird von 29,1 im Jahre 1984 auf 26,8 im Jahre 1989 gesenkt und liegt damit deutlich unter den Werten anderer Großstädte. Die CDU-Fraktion hat 1984 ihren Antrag zur Aufgabenkritik erneuert. Ein eingesetzter Unterausschuss hat durch aufgabenkritische Maßnahmen eine Haushaltsentlastung von 16,0 Mio. DM erzielt. Die Privatisierung städtischer Leistungen wird zur Haushaltsentlastung und zur Effizienzsteigerung fortgesetzt.

Eine Gleichstellungsstelle wird 1984 eingerichtet und eine ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte bestellt. Auf Anregung der CDU-Fraktion legt die Stadtverwaltung ein Frauenförderkonzept vor.

III. Wahlperiode von 1989 bis 1994

Am 1. Oktober 1989 wird der Krefelder Stadtrat neu gewählt. Von den 59 Mandaten kann die CDU 26 Mandate erringen. 25 Mandate fallen an die SPD, 5 Mandate an die Grünen, und mit 3 Mandaten ist F.D.P. erneut im Krefelder Stadtrat vertreten. Damit ist die CDU-Ratsfraktion zwar stärkste Fraktion, SPD und Grüne vereinbaren aber eine Zusammenarbeit und wählen mit den Stimmen dieser „Koalition“ den SPD-Ratsherrn Willi Wahl zum Krefelder Oberbürgermeister. Die CDU-Ratsfraktion hat diese Ratsperiode als kritische Opposition begleitet und im Sinne der Krefelderinnen und Krefelder - soweit Rot-Grün dies zuließ - zu konstruktiven Lösungen beigetragen.

Soziales

Die „Koalition“ von SPD und Grüne kündigt an, ein Förderkonzept für die Wohlfahrtspflege zu erstellen. Zu einer in sich stimmigen Konzeption kommt es aber nicht. Einzelne Ansätze werden erhöht und in erheblichem Umfang neue Fördertatbestände (z. B. Frauen-Notruf, Aids-Hilfe, Pro Familia etc.) geschaffen die zwangsläufig in die Haushaltssicherung führen und bereits 1993/94 teilweise wieder zurückgenommen werden. Sachleistungen in der Sozialhilfe werden durch Geldleistungen ersetzt. Ankündigt wird die aufwändige Urwahl eines Seniorenbeirates, es bleibt aber bei dem Delegationsprinzip. Der Ankündigung, mehr Hortplätze zu schaffen, folgen keine Taten, statt dessen geht die Versorgungsquote mit Kindergartenplätzen von 77,6 % im Jahr 1989 auf 69 % im Jahr 1994 zurück. Die angekündigte Jugendhilfeplanung findet nicht statt. Auch der angekündigte Ausbau der Jugendfreizeitstätten erfolgt nicht im zunächst vorgesehenen Rahmen.

Arbeit und Wirtschaft

Eine kommunale Qualifizierungsoffensive wird angekündigt aber nicht realisiert. Die angekündigte Personalkapazität bei der WfG zur Beratung und Förderung alternativer Existenzgründungen wird nicht geschaffen. Mit Kosten von über 15 Mio. DM pro Jahr schlagen die zusätzlichen 212 neuen Stellen bei der Stadtverwaltung zu Buche.

Sport

Rot/Grün will ein Sportstättenanierungsprogramm aufstellen und umsetzen und führt die Mittel für den Bau und die Sanierung von Sportstätten von 250.000 DM 1991 auf 0,- DM 1994 sowie die Mittel für die Erneuerung von Sportplätzen von 380.000 DM im Jahr 1991 auf 50.000 DM im Jahr 1994 zurück. Die erforderliche Sanierung des Badezentrums in Bockum unterbleibt. Stattdessen wird die Diskussion um den Neubau zweier Stadtteilbäder begonnen. Zu mehr als Modellen und Plänen kommt es aber nicht. Die Ankündigung, die Zuschüsse für die Jugendgruppen- und Übungsleiter anzuheben, entpuppt sich ebenfalls als inhaltschwach: von 522.469 DM im Jahr 1991 wird dieser Ansatz auf 383.000 DM im Jahr 1994 zurückgeführt.

Schule

Die Schulentwicklungsplanung wird nicht weiter forciert, die in Aussicht gestellte Optimierung von Schulgrößen und Standorten im S I- und S II-Bereich ist nicht geschehen. Von der zugesagten Aufstockung der Mittel für die sächlichen Kosten des Unterrichtsbetriebs tritt nichts ein; denn dieser Ansatz beträgt 1989 1.130.952 DM und 1994 genau 1 Mio. DM. Selbst beim Haushaltsansatz für die Unterhaltung und Ergänzung der sonstigen Einrichtungen und Geräte tritt nur eine kosmetische Erhöhung von 610.015 DM im Jahr 1989 auf 700.000 DM im Jahr 1994 ein.

Kultur

Der Neubau einer Mediathek wird zwar angekündigt, es folgen aber keine Realisierungsschritte. Aus der Entwicklung des Stadtbades Neusser Straße zu einem kommunalen Freizeitbad wird ebenfalls nichts.

Bau/Planung/Stadtentwicklung

Die Freiflächengestaltung ist über das Entwurfs- und Konzeptstadium nicht hinausgekommen. Fußgängerunterführungen sind nicht durch ebenerdige Überwege ersetzt worden. Als Verkehrsentwicklung wird eine Vorstudie bezeichnet, die im Wesentlichen den Individualverkehr verdrängt und Parkraum vernichtet. Der angekündigte Grünordnungsplan wird nicht vorgelegt. Trotz erheblichen Wohnungsmangels und stagnierender Bevölkerungszahlen werden keine Wohngebiete ausgewiesen. Trotz des Strukturwandels und der schwierigen Beschäftigungssituation werden keine weiteren Gewerbeflächen ausgewiesen oder erschlossen. Die Förderung des Mietwohnungsbaus stagniert, die Zuschüsse für die Förderung des sonstigen Wohnungsbaus werden zurückgefahren. Zu nennenswerten Baulückenschließungen kommt es nicht, der Einfamilienhausbau stagniert, der Instandhaltungsetat für städtische Immobilien wird nicht aufgestockt, die angekündigte Grundstücksbevorratung bleibt aus, für 640.000 DM wird ein Gutachten für eine so genannte Stadterneuerungsgesellschaft in Auftrag gegeben. Dieses Gutachten erweist sich als untauglich, ein Konzept wird nicht vorgelegt. Bedauerlicherweise hat es keinen Straßenneubau gegeben, eine Umgehung von Fischeln wird zu Lasten des Ortskerns und der Fischelner verhindert, hinsichtlich der Westumgehung B 9 n werden Verhinderungsstrategien erprobt, hinsichtlich des S-Bahn-Anschlusses fehlt die Initiative und offenbar der Rückhalt in der SPD-geführten Landesregierung.

Umweltpolitik und Abfallwirtschaft

Alternative Recyclinghöfe werden nicht eingerichtet, und auch zu einer Abfallbörse kommt es nicht. Ein kommunales Entsorgungskonzept „Sondermüll“ wird nicht vorgelegt. Die Kanalgebühren werden pauschal erhöht, ohne wie angekündigt die Schmutzwasserbefrachtung als Äquivalent zu berücksichtigen. Die Förderung von Brauchwassersystemen bleibt aus, die Ausweitung von Wasserschutzzonen bleibt ebenfalls aus, zu einer Sicherung der Krefelder Wasserversorgungsanlagen, um den Anschluss an das Binsheimer Feld zu verhindern, kommt es nicht. Zu dem geplanten Verbrennungsverbot von Gartenabfällen per kommunaler

Satzung kommt es ebenfalls nicht. Das angekündigte Kanalsanierungskonzept wurde nicht vorgelegt.

Verwaltung und Organisation

Entgegen der Ankündigung werden die Städtischen Krankenanstalten und der Fuhrpark privatisiert. Die Gleichstellungsstelle wird mit einer hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten besetzt, das bewährte ehrenamtliche Konzept wird aufgegeben.

IV. Wahlperiode von 1994 bis 1999

Am 16. Oktober 1994 wählen die Krefelder Bürger erneut den Stadtrat. Von den 59 Mandaten kann die CDU 30 Mandate erringen. 23 Mandate fallen an die SPD und 6 Mandate an Bündnis 90/Die Grünen. Die F.D.P. ist im Krefelder Stadtrat nicht vertreten. Mit ihrer absoluten Mehrheit wählt die CDU-Ratsfraktion den Bundestagsabgeordneten und Bürgermeister Dieter Pützhofen wieder zum Oberbürgermeister der Stadt Krefeld. In dieser Ratsperiode stellt die CDU-Ratsfraktion 386 Anträge für den Krefelder Stadtrat und seine Ausschüsse.

Haushalt und Finanzen

Nach Übernahme der Ratsmehrheit ist die CDU-Fraktion mit folgenden Ausgangsbedingungen konfrontiert: die Allgemeine Rücklage, Ende 1989 mit 58,5 Mio. DM gefüllt, ist ausgeplündert, der Schuldenstand auf einer Rekordhöhe von 750 Mio. DM, Anstieg der Personalstelle auf 3.458, Anstieg der Personalkosten von 205,8 Mio. DM (1989) auf 354,7 Mio. DM (1994), Anstieg der laufenden Betriebskosten von 255 Mio. DM (1989) auf 354,7 Mio. DM (1994), die Sozialhilfeleistungen steigen von 108,9 Mio. DM (1989) auf 157,5 Mio. DM (1994). Vor diesem Hintergrund sind Wiederherstellung der Ordnung der Finanzen und des Haushaltsausgleichs die obersten Ziele der CDU-Ratsfraktion. Deshalb werden im Rahmen zahlreicher Sofortmaßnahmen unmittelbar nach dem 16.10.1994 dringend notwendige Korrekturbeschlüsse (z. B. Haushaltssperre, Einstellungsstopp usw.) gefasst. Bereits der erste Etat nach der Kommunalwahl zeichnet sich durch Entschlusskraft und Durchsetzungsfähigkeit aus, dies wird im Übrigen durch die Genehmigungsverfügung der Aufsichtsbehörde bestätigt. Der Haushalt 1995/96 zeichnet sich aus durch das Auffüllen der allgemeinen Rücklage von 1,463 Mio. DM auf 8,942 Mio. DM, die Absenkung der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes um 0,372 %, die Begrenzung des Schuldenanstiegs auf 6,6 Mio. DM.

Der Schwerpunkt der Konsolidierung liegt bei den Personalausgaben und den nicht-rentierlichen Investitionen. Dennoch wird gegenüber dem Ursprungsentwurf des Stadtkämmerers der Schuletat zugunsten der Kosten für den sächlichen Unterrichtsbetrieb sowie von Sanierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen erhöht. Mit dem Haushaltssicherungskonzept (HSK III) und dem Konzept „Aufgabenkritik“ setzt die CDU-Ratsfraktion den Ende 1994 eingeleiteten Spar- und Konsolidierungskurs auch mit dem Etat für 1997 fort. Das Ergebnis wird allerdings durch Kürzungen bei den Schlüsselzuweisungen des Landes um 7 Mio. DM beeinträchtigt. Bei den Personalausgaben, den laufenden Betriebskosten, den laufenden Leistungen der Sozialhilfe führt die verantwortliche Politik der CDU-Ratsfraktion zu Haushaltsverbesserungen von insgesamt 5,3 Mio. DM. Bei der Gewerbesteuer zeichnet sich die bereits beginnende Rezession ab (Minus 11,2 Mio. DM), und das Minus bei den Schlüsselzuweisungen von rund 7 Mio. DM steht dem Konsolidierungskurs entgegen. Auch 1998 erzielt die CDU-Ratsfraktion dank ihrer Politik der Sparsamkeit Verbesserungen bei den laufenden Betriebskosten und bei den Sozialausgaben. Die Gewerbesteuer (abermals 7,4 Mio. DM unter Soll) und die Beteiligung an der Umsatzsteuer entwickeln sich weiter negativ. Dennoch wird die allgemeine Rücklage auf 34 Mio. DM aufgestockt. Trotz erheblicher Investitionen in die Kindergärten, Schulen, Sportstätten und Kanalisation steigen die städtischen Schulden nur um 31 Mio. DM auf 831,5 Mio. DM. Dabei bleiben die Gebühren weitgehend stabil, und die Steuern werden nicht erhöht. Der Anteil der Personalausgaben wird von 26,5 % im Jahre

1993 auf 20,4 % im Jahre 1998 zurückgeführt. Wenn dieser Erfolg trotz des zusätzlichen Personalbedarfs im Kindergartenbereich eintritt, ist das ein Erfolg des Konzepts „Aufgabenkritik 95“, mit dem 580 Personalstellen eingespart werden können.

Die Führungsfunktion gegenüber den städtischen Eigengesellschaften wird Zug um Zug wieder hergestellt. Auf Antrag der CDU-Ratsfraktion wird die Zahl der SWK-Vorstandsmitglieder von drei auf zwei reduziert, dies bedingt eine Kostenersparnis von insgesamt rund 1 Mio. DM p. a. Ebenfalls auf CDU-Initiative geht das Konzept zur strategischen Positionierung der SWK auf dem Energiemarkt zurück. Die Umwandlung der Städtischen Krankenanstalten (Krefeld und Hüls) in eine gemeinnützige GmbH wird realisiert. Für die Projekte Parkhaus, Zentrum für Nephrologie, Umwandlung des Bunkers für Zwecke einer neuen Küche und zusätzlicher Betten für die Schwertherapie steht den Krankenanstalten ein Investitionsvolumen von 65 Mio. DM zur Verfügung. Herz- und Neurochirurgie nehmen den Betrieb auf. Die unter „Rot-Grün“ überschuldete WfG (7 Mio. DM) wird durch Grundstücksgeschäfte (ehemaliger Fuhrpark) gestärkt und weitgehend entschuldet. 130 Unternehmen siedeln in Krefeld neu an, 132 Betriebe erweitern ihre Kapazitäten. Durch dieses Engagement bleiben in Krefeld ca. 2.400 Arbeitsplätze erhalten. Für den Hafen wird ein Hafentwicklungs-konzept erarbeitet. Die Voraussetzungen für den Bau eines Container-Terminals werden geschaffen.

Bau/Planung/Stadtentwicklung

Insgesamt 6,9 Mio. DM sind im mittelfristigen Investitionsprogramm für die Umsetzung des Rahmenplans Innenstadt veranschlagt. 2,6 Mio. DM für die Neugestaltung des Mittelstreifens auf dem Ostwall, 1,826 Mio. DM für den Ausbau der Rheinstraße, 1,37 Mio. DM für den Ausbau des Luisenplatzes, 990.000 DM für den Ausbau der Hochstraße und umgebende Straßen und 100.000 DM für Querungen des Ostwalls. Der Ausbau der Tempo-30-Zonen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit insbesondere für Kinder wird vorangetrieben. Erneuerung der Süd-West-Stadt, Stadterneuerung Linn, Wohnumfeldverbesserung und Verkehrsplanung Hüls, Erschließung der B-Plan Gebiete in Fischeln Süd-West und Oppum sind Schwerpunkte der CDU-Politik für eine gesunde Entwicklung der Stadt. 45 Bebauungspläne werden auf den Weg gebracht und über 3.247 neue Wohneinheiten realisiert. Gemeinsam mit der Wohnstätte wird ein Sofortprogramm zum Bau von preiswerten Wohnungen konzeptioniert. Im Gebiet „Am Strathof“ in Hüls werden 44 Häuser im Reihenhausbau als kostengünstiger Wohnraum für kinderreiche Familien erstellt. 7.653 Baugenehmigungen zeugen von einer lebhaften und kontinuierlichen Bautätigkeit in Krefeld. Die Aktivitäten zur Baulückenschließung in der Innenstadt werden fortgesetzt. Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen gibt es im Bereich der Petersstraße, Hochstraße, Friedrichstraße, Königstraße, St.-Anton-Straße, Lindenstraße, Hauptbahnhof, Rheinstraße von Ostwall bis Königstraße, Karlsplatz (Grün-gestaltung und Innenhof), Luisenplatz, Alexanderstraße, Nebenstraßen der Hochstraße, Ostwallmittelstreifen, UdU, Cinemaxx, rund um St. Cyriakus in Hüls sowie Rheinbabenstraße und Hafenstraße in Linn.

Zur Wiederherstellung des Platzcharakters vor dem Hauptbahnhof wird ein Gebäuderiegel errichtet; das Bahnhofsumfeld gewinnt seine frühere Qualität zurück und rückt wieder in das Herz der Innenstadt. Die Unterführung wird geschlossen, und es entsteht ein heller und behindertengerechter, mit einer Blindenleitspur versehener Platz. Ebenso wird der Platz vor dem südlichen Ausgang des Hauptbahnhofs umgestaltet. Die Begrünung der Innenstadt schreitet auf der Rheinstraße und vor der Dionysiuskirche fort. In einer beispielhaften Gemeinschaftsinitiative der Anlieger und der Stadt Krefeld wird die Königstraße überdacht. Die Kosten von rund 3,5 Mio. DM werden etwa je zur Hälfte von den Anliegern und der Stadt Krefeld getragen. Die Planung für den Ausbau der Ritterstraße wird abgeschlossen. Die Arbeiten schreiten zügig und bauabschnittsweise voran. Die Vorbereitungen für den Tunnel-durchstich des Rings unter der Bahnlinie werden getroffen. Die planungsrechtlichen Voraussetzungen für das Projekt „Bebauung der Peters-/Lohstraße“ werden geschaffen.

Immer wieder drängt die CDU-Fraktion bei den zuständigen Gesellschaften und Behörden darauf, die schienengebundene Anbindung des Umlandes an das Oberzentrum Krefeld zu verbessern. Die Nahverkehrsentwicklung wird durch die Ausweisung weiterer Park&Ride- sowie Bike&Ride-Plätze positiv beeinflusst. Durch City-Marketing und City-Management wird der Einzelhandel in den Zentren in seiner Funktion und Qualität gestärkt. Im Gebietsentwicklungsplan werden die Krefelder Wünsche (z. B. Westumgehung B 9 n, KLV-Terminal Hohenbudberg, Ausbau der Straßenbahnverbindungen, Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche, Wohnsiedlungsbereiche) nach Beschluss im Bezirksplanungsrat weitgehend berücksichtigt.

Der Individualverkehr soll in Krefeld durch das Prinzip der „Grünen Welle“ sowie durch ein neues Konzept der Baustellenkoordination verbessert werden. Ein neues Wegweisungssystem für das Stadtgebiet wird installiert. Mit City-Parken und Ring-Parken wird ein zeitgemäßes Parksystem eingeführt, das nicht nur den innerstädtischen Parkraum bewirtschaftet, sondern auch die Anwohnerinteressen berücksichtigt. Die Parkgebühren für die städtischen Parkhäuser werden auf Initiative der CDU-Fraktion zugunsten des innerstädtischen Einzelhandels gesenkt. Zusätzlich wird erstmalig in den Räumen eines Krefelder Kaufhauses eine qualifizierte Kinderbetreuung angeboten.

Dem Handlungskonzept „Krefeld-Süd“ wird zugestimmt, aus einem umfangreichen Vorschlagskatalog wird eine Prioritätenliste erstellt. Die weitere Sanierung der Fabrik Heeder sowie eine neue Sporthalle für die Kurt-Tucholsky-Gesamtschule stehen ganz oben auf dieser Liste. Für den Hauptbahnhof wird eine Fahrradstation geplant.

Für den Bereich Fungendonk in Oppum wird eine landesweit wegweisende Solarsiedlung als moderne Form ökologischen und Generationen übergreifenden Bauens geplant. Für Bockum, Uerdingen, Traar, Verberg und Forstwald werden neue Stadtteilkonzepte entwickelt. In Hüls werden die Krefelder Straße zwischen Markt und Auf dem Graben, die Josef-Heinrichs-Straße und die Fette Henn neu gestaltet. Für Bockum, Uerdingen, Traar und die Krefelder Innenstadt werden Pläne zur Straßen- und Platzgestaltung erarbeitet. Mit fast 7 Mio. DM wurde das Radwegenetz in Krefeld um 26,7 km verlängert. Die Zahl der Unfälle mit verletzten „Radlern“ konnte um 25 % gesenkt werden.

Jugend/Soziales/Gesundheit

Trotz der enormen und durch Rot-Grün in besonderem Maße notwendigen Konsolidierungs- und Sparbemühungen der CDU-Mehrheitsfraktion gibt es keinen Einschnitt in das „Soziale Netz“. Allerdings wird der Ausgabenzuwachs durch geeignete Maßnahmen begrenzt. Dies gilt besonders für den „dicksten Brocken“ der Etats: die Sozialhilfe. Dadurch bleibt der Spielraum für die so genannten freiwilligen Leistungen und den von der CDU-Ratsfraktion betriebenen Ausbau der Versorgung mit Kindergartenplätzen erhalten. Ab Mitte 1999 steht durch die seit 1995 geschaffenen 1.600 neuen Kindergartenplätze für jedes Kind im kindergartentfähigen Alter (3 – 6 Jahre), für das ein Kindergartenplatz benötigt wird, ein entsprechender Platz zur Verfügung. Darüber hinaus werden erhebliche Mittel (im Haushalt 1999 allein rund 2 Mio. DM) für die ökologische und pädagogische Umgestaltung von Kinderspielplätzen bereitgestellt.

Mit der von Oberbürgermeister Dieter Pützhofen erneut initiierten Krefelder Runde „Arbeit und Wirtschaft“ gibt es für Ausbildung und Beschäftigung in Krefeld neue Initiativen. Die Städtische Zentralstelle für Beschäftigungsförderung (ZfB) wird gestärkt und mit der Schaffung zusätzlicher Arbeitsmöglichkeiten für Sozialhilfeempfänger beauftragt. Mit zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten, Lohnkostenzuschussprogrammen, Qualifizierungsmaßnahmen und einer effektiven Vernetzung mit dem Fachbereich Sozialhilfe sowie der Akquise von Fördermitteln entwickelt sich die ZfB in Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung auf Initiative der CDU-Ratsfraktion zu einem geeigneten Instrument lokaler und regionaler Beschäftigungsförderung. Das so genannte Bundesmodell „Arbeit und Qualifizierung für (noch) nicht

ausbildungsgerechte Jugendliche“ erlebt in Krefeld in der Zusammenarbeit von ZfB, Volkshochschule, den Beruflichen Schulen Vera Beckers, der Rheinischen Schule Fichtenhain, dem Arbeitsamt Krefeld und den Krefelder Unternehmen eine eigene Dynamik. Sämtliche Beratungs- und Hilfsangebote werden im Rahmen einer Bestandsaufnahme ermittelt und anschließend miteinander vernetzt. Mit dem neuen Handbuch „Wer macht was für wen?“ gibt es erstmalig einen guten Überblick über dieses Beratungs- und Hilfsangebot.

Die Jugendberufshilfe wird auf Initiative der CDU-Ratsfraktion zu einem Schwerpunkt der Arbeit der ZfB. Es wird damit begonnen, in integrierten Projekten Investitionen und Beschäftigungsförderung miteinander zu verbinden. Beispiele sind der 4-Gruppen-Kindergarten Gerberstraße, die Buskaps, die ökologisch-pädagogische Erneuerung von Kinderspielplätzen, Mehrgenerationenwohnen im sozialen Wohnungsbau, Verschönerungsarbeiten an Schulen, Umbau von Stelen, Bau des Regenwaldhauses im Krefelder Zoo. Beschäftigung und Qualifizierung von Sozialhilfeempfängern sowie Reintegration von Problemgruppen in das Erwerbsleben sind die wesentlichen Ziele dieser Projekte.

Die Stadt Krefeld beteiligt sich an dem Bundesprogramm „100.000 Jobs für Junge“ sowie an vielen weiteren beschäftigungsfördernden und qualifizierenden Projekten. Im Fachbereich Soziales wird durch ein neues Modell der Erstberatung Sozialhilfebedürftigkeit vermieden bzw. schneller überwunden. Das Angebot zur Integration behinderter Kinder in Kindergärten wird ausgeweitet, an der Hohenzollernstraße gibt es einen zweisprachigen (deutsch und niederländisch) Kindergarten. Mit dem Projekt „Schule von acht bis eins“ gibt es ein verlässliches Übermittagsangebot an 26 Grundschulen. Der Betreuungsbedarf für die Mittagszeit wird erhoben. In Hüls wird ein Waldkindergarten errichtet. Dem bedarfsdeckenden Angebot an Kindergartenplätzen steht ein Investitionsvolumen von 33 Mio. DM gegenüber. Hinzu kommen die Sach-, Miet- und Personalkosten pro Jahr.

Die Krefelder Pflegekonferenz wird auf Initiative der CDU-Ratsfraktion gegründet, für die Städtischen Seniorenheime gibt es den Auftrag, relevante Rechtsformalternativen zu prüfen. Mit städtischer Unterstützung wird das Zentrale Jugendhaus Felbelstraße in Betrieb genommen. Mit den Projekten „Augenhöhe 110“, „Aktionsräume für Kinder“ und „Kinderwegesystem“ gilt das Städtische Engagement der Sicherheit und den Bedürfnissen von Eltern und Kindern. Der ökologische und pädagogische Kinderspielplatzbau und -umbau schreitet fort. Die Aktion „Mobifant“ wird in Trägerschaft der Regionalstelle der katholischen Kirche Krefeld fortgeführt.

Zur Bekämpfung des Drogenmissbrauchs werden die ordnungsrechtlichen Maßnahmen fortgeführt und verstärkt sowie das bestehende sehr ausdifferenzierte Drogenhilfekonzept weiterentwickelt.

Der Altenplan „Altwerden mit Zukunft“ wird als gemeinsames Altenhilfekonzept von Stadt und freien Trägern erstellt und ermittelt für Krefeld einen Bedarf von 1.731 Pflegeplätzen. Die Altenheime Saassenhof in Fischeln und Marienheim werden gebaut bzw. neu gebaut. An der Ritterstraße wird das Gerhard-Tersteegen-Haus als Altenhilfeyverbundmodell fertig gestellt. Die Planungen für ein Alten- und Pflegeheim in Oppum werden fortgesetzt. Die Zentrale Altenberatung wird dezentralisiert. Es entstehen knapp 500 so genannte betreute Altwohnungen in Krefeld. In den Alten- und Pflegeheimen kommt es zu umfangreichen Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen. Die vom Land im Rahmen eines Modellprojektes geförderte Wohnberatungsstelle wird eröffnet.

Erstmalig wird ein Ausländerbeirat gewählt. Die Geschäftsführung liegt beim Amt für Rats- und Repräsentationsangelegenheiten.

Die Bekämpfung des Sozialleistungsmissbrauchs wird durch Datenabgleiche, Kontrollen u. a. verstärkt.

Schule und Kultur

Rund 70 Mio. DM lässt sich die Stadt Krefeld das Schulwesen pro Jahr kosten. Neben den erheblichen Kosten für Personal, Unterhaltung der Grundstücke und Schulbauten, den Schülerbeförderungskosten sowie den Unterrichtsmaterialien zeichnet sich die Stadt durch eine engagierte Investitionstätigkeit aus. Der Schulentwicklungsplan wird diskutiert und verabschiedet. Bei stabilen Anmeldezahlen ergibt sich insbesondere für den Grundschulbereich die Notwendigkeit von Neubaumaßnahmen (z. B. Schicksbaum). Die Grundschulen am Gießerpfad und in Hüls werden neu gebaut. Die Grundschulen Kohlplatzweg und Hofstraße werden erweitert. Die Hauptschule Danziger Platz erhält eine Fenster-, Fassaden- und Dacherneuerung, am Ricarda-Huch-Gymnasium gibt es einen Neubau für die naturwissenschaftlichen Räume, die Sonderschule Mariannenstraße wird erweitert. Die Kurt-Tucholsky-Gesamtschule erhält einen zweiten Klassenturm.

Die Zweifach-Sporthalle am Arndt-Gymnasium wird gebaut, die Realschule Oppum und die Ter-Meer-Realschule werden erweitert, ebenso die Corneliussschule an der Mariannenstraße. Die Berufskollegs Kaufmannschule (Schulgebäude am Konnertzfeld), Vera Beckers (Umwelterfahrungszentrum) und Glockenspitz (Lehrküche) werden durch Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen jeweils frühzeitig neuen Entwicklungen angepasst. Das wohnortnahe Grundschulangebot wird durch die Neuerrichtung der „Regenbogenschule“ an der Gladbacher Straße ausgeweitet und verbessert. Der gemeinsame Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schülern wird an den Grundschulen ausgeweitet. An den Haupt- und Realschulen wird die Ausstattung mit Informationstechniken verbessert. Die Fachschule für Heilerziehungspflege wird eingerichtet. Zur Weiterentwicklung und Sicherstellung des schulischen Integrationskonzeptes der Grundschulen in Krefeld-Süd wird eine zusätzliche Pädagogische Kraft befristet beschäftigt. Über 50 % der Schulhöfe werden geöffnet.

Der Auftrag zur schlüsselfertigen Erstellung der Zweifach-Sporthalle an der Gemeinschaftsgrundschule Bonhoefferstraße in Hüls wird für knapp 3 Mio. DM vergeben. Mit insgesamt rund 42,8 Mio. DM steht das Schulstandsetzungsprogramm auf einer soliden finanziellen Basis. Die Volkshochschule wird als eigenständiges Institut dem Schuldezernat zugeordnet. An der Reinarzstraße wird ein neues Gebäude der Hochschule Niederrhein errichtet und in Betrieb genommen. Damit hat die Hochschule den Grundstein für zukunftsweisende Studienangebote wie Mechatronik, Technische Informatik und Gesundheitswesen gelegt. Weitere Gebäude werden saniert, Voraussetzungen für den Bau einer Mensa werden geschaffen. Der „Verein zur Förderung der Wissenschaften“ wird gegründet und soll ein Handlungskonzept für ein Hochschulzentrum Krefeld erstellen. Über das von der CDU-Fraktion initiierte Projekt „Schulen ans Netz“ sind 25 von 37 weiterführenden Schulen an das Internet angeschlossen.

Der Krefelder Bildungsserver ergänzt dieses Angebot und wird von einem Arbeitskreis, der sich aus Lehrkräften der beteiligten Schulen zusammensetzt, betreut. Ein Handlungskonzept zur Förderung der Sprachkompetenz ausländischer Kinder wird verabschiedet. Ein Arbeitskreis „Verkehrssicherheit für Kinder“ wird eingerichtet. Verkehrserziehung findet zunehmend in der Verkehrswirklichkeit des Schulumfeldes statt. Auf Antrag der CDU-Ratsfraktion wird die Aktion „Kinderwegesystem“ auf alle Stadtbezirke ausgedehnt. Gewaltprävention und Gewaltkontrolle werden auf Initiative der CDU-Ratsfraktion zum Thema eines Arbeitskreises, der sich mit dem Thema „Gewalt an Krefelder Schulen“ befasst.

Pro Jahr gibt die Stadt rund 47 Mio. DM für Kultur aus. Das Stadttheater wird als Drei-Sparten-Theater in seinem Bestand gesichert. Die von Rot-Grün festgelegte Einsparmarge von 3 Mio. DM p. a. wird auf 2 Mio. DM p. a. reduziert. Der städtische Zuschuss für das Theater beträgt 18,7 Mio. DM. Mit der Erneuerung der Bühnenobermaschinerie, der Erweiterung der Bühnenlichtanlage, dem Einbau von Behindertenaufzügen, der Verbesserung der Arbeitssicherheit wird die Theatersanierung mit einem Gesamtvolumen von rund 8 Mio. DM fortgesetzt. Die Leiterstelle des Museums Burg Linn wird neu besetzt, Ausstellungsräume

werden erschlossen und Wechsellausstellungen kommen hinzu. Fassaden, Innenhof und Grünanlagen des Kaiser-Wilhelm-Museums werden in mehreren Bauabschnitten erneuert. Mit einem Aufwand von rund 4,5 Mio. DM werden die über 60 Jahre alten Krefelder Museen für zeitgenössische Kunst, Haus Lange und Haus Esters, saniert. Die Räume der städtischen Musikschule in Haus Sollbrüggen und Haus Schönhausen werden für insgesamt 780.000 DM saniert. Die Bestände der Stadtbücherei werden erweitert. Die Liste der unter Denkmalschutz gestellten Objekte wird um 170 auf 820 erhöht. Zu diesen Objekten gehören beispielsweise: der jüdische Friedhof an der Heideckstraße, die Poelzig-Villa an der Kliedbruchstraße, der Nordbahnhof, die Ter-Meer-Siedlung in Uerdingen, die Bebauung rund um den Alexanderplatz, die Paramentenweberei Gotzes, die Österreich-Siedlung am Tiroler Weg sowie evangelische und katholische Kirchen. Die CDU-Fraktion initiiert für den Kulturbereich neue Steuerungsmodelle. Die Villa Merländer bleibt als NS-Dokumentationszentrum erhalten, das Campendonk-Zimmer wird renoviert, und die Wandmalereien werden restauriert. Für das jüdische Gemeindezentrum zeichnet sich eine Erweiterungsmöglichkeit ab. Das Otto-Brües-Haus wird in Betrieb genommen. Der Krefelder Zoo wird dank privater Spenden um das Tropenhaus ergänzt, die Stadt Krefeld stellt das erforderliche Personal zur Verfügung. Die Voraussetzungen für die bedeutende Ausstellung „Die Oranier und Deutschland“ sind geschaffen. Die CDU-Fraktion betätigt sich als Motor einer regionalen Kulturpolitik am Niederrhein.

Umwelt und Energie

Mit jeweils rund 4 Mio. DM im Verwaltungshaushalt und ca. 10 Mio. DM im Investitionsprogramm steht die durch die CDU-Fraktion bestimmte Ratsmehrheit für eine aktive Umweltpolitik vor Ort. Personal, Umwelterziehung, Zuschüsse an Natur- und Umweltverbände sowie Projektarbeit sind die Schwerpunkte im nicht-investiven Bereich. Der Landschaftsplan wird weiter durchgeführt, schutzwürdige Flächen werden angekauft, die Schuttdeponie Bataverstraße mit einem Aufwand von 4 Mio. DM an der Oberfläche abgedeckt. Der NABU verleiht der Stadt Krefeld als erster deutscher Großstadt die Auszeichnung „Naturwald-Stadt“. Vorausgegangen war die Verpflichtung der Stadt, in den rund 750 ha städtischen Wäldern die vom NABU geforderten Regeln einer naturnahen Waldbewirtschaftung einzuhalten. Die MKVA wird modernisiert und erweitert, die Rauchgasreinigung wird verbessert. Die Nutzung regenerativer Energien wird von SWK und Stadt Krefeld gefördert. In den Gebieten Hülser Bruch, Fischeln-Bösinghoven, Latumer Bruch und auf der Kempener Platte setzen die Landschaftsplaner landschaftlich interessante Schwerpunkte. Die in Krefeld gegründete Aktion „Sauberer Rhein“ führt zu einer Reduzierung der Schadstofffrachten im Wasser. Die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Windkraftanlagen sind geschaffen. Die Stadt Krefeld schließt sich an das Aktionsprogramm „Lokale Agenda 21“ an. Abfälle werden umweltgerecht entsorgt, 1999 werden die Abwassergebühren nicht erhöht. Die Pachtpreise für Kleingärten bleiben auf Niedrigstniveau. Auf Initiative der CDU-Ratsfraktion beteiligt sich Krefeld an der europäischen Gartenschau „Euroga 2000 plus“. Der Baumbestand an den Straßen wird pro Jahr um ca. 100.000 DM verbessert. Die blaue Tonne wird eingeführt. Nach dem Waldschadenbericht gelten 70 % der Bäume als gesund. In Krefeld finden Umwelttage statt. Das Umweltzentrum wird gesichert.

Sport und Freizeit

Mit jährlich rund 17 Mio. DM stellt die Stadt den Betrieb eigener Sportstätten sowie die Förderung des Sports in Krefeld sicher. Die Grundsatzentscheidung für das Badezentrum Bockum wird mit der Bereitstellung von Investitionsmitteln mit Leben gefüllt. Das Bürgerbegehren für einen Neubau an einer anderen Stelle scheiterte an einer zu geringen Stimmenzahl, so dass die Revitalisierung des Badezentrums Bockum – ergänzt um ökologische Modellmaßnahmen für rund 3,5 Mio. DM – in Angriff genommen werden. Mit der Sanierung des Lehrschwimmbades in Linn wird begonnen. Mit dem Bau einer Mehrzwecksporthalle für das Arndt-Gymnasium wird begonnen. Der Auftrag für den Neubau eines Schwimmbades in Fischeln wird vergeben. Die Förderung des Sports, insbesondere der Jugend, wird im Sport-

budget sichergestellt. Die Nutzungsentgelte für die Sportstätten werden nicht erhöht. Die städtischen Eishallen werden saniert. Am Elfrather See werden Spiel- und Sportflächen fertig gestellt und ein neuer Aussichtsturm für die DLRG gebaut. Die Planungen für eine Bezirks-sportanlage in Oppum werden eingeleitet.

Verwaltung und Organisation

Die Zahl der Personalstellen bei der Stadtverwaltung wird weiter zurückgeführt. Sie verringert sich von 3.458 auf 2.827. Mit dem Konzept „Aufgabenkritik 95“ einher geht die Modernisierung der Stadtverwaltung durch die Einführung neuer Steuerungsmodelle (NSM). Nach dem Schulverwaltungsamt gibt es vier weitere Umbauprojekte. Haupt- und Personalamt werden zum Fachbereich „Verwaltungssteuerung und –service“ zusammengelegt. Die Dienstvereinbarung zur Sicherung des sozialen Friedens wird verlängert. Der jahresdurchschnittliche Krankenstand in der Stadtverwaltung geht zurück. Das Ausbildungsplatzangebot der Stadtverwaltung Krefeld wird erweitert. Das Leitbild Krefeld „2010“ wird verabschiedet und eine neue Werbekonzeption vorgelegt. Das Konzept zum Zentrenmanagement wird beschlossen. Die Weichen werden Richtung virtuelles Rathaus gestellt, dabei genießt die Datensicherheit hohe Priorität. Die Arbeiten zur Euro-Einführung sind wahrzunehmen. Es entsteht ein neuer Fachbereich „Finanzsteuerung und –service“, der nicht die Aufgaben der Kämmerei übernimmt, sondern die Steuerung und Kontrolle der städtischen Beteiligungen wirksamer gestalten soll. Die Stadt Krefeld „geht online“ und ist weltweit und jederzeit unter www.krefeld.de zu erreichen. In den Ratssitzungen finden wieder Einwohnerfragestunden statt. Für das Einreichen von Bauanträgen wird eine zentrale Anlaufstelle geschaffen und die Bearbeitungsdauer wird erheblich verkürzt. Ein Fachbereich „Bürgerservice“ wird eingerichtet und das Angebot in den 11 Bezirksverwaltungsstellen verbessert. Die CDU-Fraktion hat eine zeitliche und betragliche Begrenzung der Verdienstausschüttung für Rats- und Ausschussmitglieder durchgesetzt und damit für finanzielle Entlastung des städtischen Etats gesorgt.

Sicherheit, Ordnung und Verkehr

Durchschnittlich 24 – 26 Mio. DM hat sich die Stadt Krefeld die laufenden Personal- und Sachausgaben für Brandschutz, Katastrophenschutz und Rettungsdienst pro Jahr kosten lassen. Hinzu kommen investive Ausgaben in erheblicher Höhe. Der von der CDU-Ratsfraktion initiierte Sicherheitsentwicklungsplan ist die Grundlage für Investitionsentscheidungen. Für die Freiwillige Feuerwehr Uerdingen wird ein neues Feuerwehrgerätehaus auf dem Gelände der Feuerwache II (Linn) errichtet und in Betrieb genommen. Die Sondereinsatzgruppe (SEG) beim Malteser Hilfsdienst ist personell voll ausgestattet und wird materiell ständig ergänzt.

Auf Initiative der CDU-Ratsfraktion hat die Verwaltung die Reinigungszuständigkeiten innerhalb der Ämter und Gesellschaften überprüft, um zu einer besseren Vernetzung und Zusammenarbeit und damit zu einem sauberen Stadtbild zu gelangen. In der durch Oberbürgermeister Pützhofen geleiteten Reinigungskonferenz wird das Reinigungskonzept der GSAK vorgelegt. Es wird ein 10-Punkte-Programm zur Sauberkeit verabschiedet. Es wird ein kommunaler Ordnungsdienst mit neun Mitarbeitern im Stadtgebiet eingesetzt. Die Mitarbeiter arbeiten eng mit der Polizei zusammen und sind Ansprechpartner für die Bürger. Als „Krefelder Modell“ wird der Ordnungsdienst Vorbild für andere Kommunen. Der Kriminalpräventive Rat bringt sich in die Krefelder Ordnungspartnerschaft ein.

V. Wahlperiode von 1999 bis 2004

Am 12. September 1999 wählen die Krefelder Bürger einen neuen Stadtrat und erstmalig in unmittelbarer Wahl den Oberbürgermeister. Von den 59 Ratsmandaten stellt zum Ende der Legislaturperiode die CDU 31 Mandate (am Wahltag waren es 33), die SPD 16 Mandate (am

Wahltag waren es 17) und 4 Mandate die Grünen. Eine Fraktion aus F.D.P./KWG und Parteilosen (einer aus der SPD) stellt ebenfalls 4 Mandate, die UKB hat 3 Mandate (einen unabhängigen und zwei aus der CDU). Der in direkter Wahl und im ersten Wahlgang mit 62,9 % gewählte Oberbürgermeister heißt Dieter Pützhofen.

Haushalt und Finanzen

Mit dem am 26. Juni 2000 verabschiedeten Doppelhaushalt setzt die CDU-Ratsfraktion die von ihr 1994 eingeleitete sparsame Haushalts- und Finanzwirtschaft mit dem Ziel der Wiederherstellung der Ordnung der Finanzen fort. Die Realsteuern werden nicht erhöht. Die Personal- und Sachausgaben bleiben unter Berücksichtigung der allgemeinen Kosten- und Tarifentwicklung auf niedrigem Niveau in etwa konstant. Der Schuldenanstieg wird weiterhin begrenzt. Schwerwiegende Eingriffe (z. B. Schließung städtischer Einrichtungen) und sozial unverträgliche Einschnitte werden vermieden. Sozusagen regierungsamtlich attestiert der Regierungspräsident als Aufsichtsbehörde der CDU-Ratsfraktion in seiner Genehmigungsverfügung zum Haushaltssicherungskonzept 2000/2001: „Ausdrücklich hervorheben möchte ich zunächst das gute Ergebnis 1999, mit dem die Stadt erstmals seit 1991 eine strukturelle Überdeckung erzielt hat. Dies zeigt, dass Sie die Konsolidierungslinie verantwortungsbewusst verfolgt haben und Ihre Sparbemühungen erfolgreich waren.“

Die SWK-Gruppe erhält eine wettbewerbsadäquate Holding-Struktur, die die SWK Stadtwerke Krefeld AG und die Tochtergesellschaften SWK Energie GmbH und SWK Mobil GmbH umfasst. Die Tochtergesellschaften SWK Aqua GmbH und andere sind zu dieser Zeit noch nicht operativ tätig. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft verstärkt ihre Bestandspflege- und Ansiedlungsbemühungen. Zwar lässt sich die bundespolitisch bedingte Arbeitslosigkeit dadurch nicht beseitigen, sie kann aber Arbeitsplätze neu schaffen bzw. vorhandene erhalten. Im Bereich der Grundstücksaktivitäten kauft die WfG im Jahresdurchschnitt rund 127.100 Quadratmeter an und verkauft 77.400 weiter. Im Rahmen der Finanzberatung werden zinsgünstige Kredite vermittelt. Krefelder Bau GmbH und Wohnstätte Krefeld AG legen positive Bilanzen vor. Für das Klinikum wird ein Erweiterungsbau für das operative Zentrum sowie ein Parkhaus geplant. Am Cäcilienhospital in Hüls wird eine neue geriatrische Tagesklinik gebaut.

Die CDU-Fraktion fordert Bund und Land auf, den Gemeindefinanzausgleich neu zu ordnen und endlich damit aufzuhören, die eigenen Haushalte zu Lasten der Städte und Gemeinden zu sanieren. Die Krefelder CDU-Fraktion hat mit wichtigen Investitionsentscheidungen dennoch keinen Sparkurs um jeden Preis gewählt. Mit einem erheblichen Investitionsvolumen in den Vermögenshaushalten stellt sich die Krefelder CDU vor allem der Verantwortung für den Arbeitsmarkt und die heimische Wirtschaft.

Die bundes- und landespolitische Regelungswut und -flut steht mit den Konsolidierungsbemühungen der Krefelder CDU-Ratsfraktion nicht im Einklang. Weniger Bürokratie ist nur durch Deregulierung zu erreichen. Die Finanzlage der Städte und Gemeinden verschlechtert sich dramatisch. Die schweren Einbrüche bei der Gewerbesteuer setzen sich in Folge der unzureichenden Steuergesetzgebung und der Konjunkturkrise fort. Nach einem Minus von 9,2 % im Jahr 2001 gibt es 2002 im Durchschnitt aller Städte und Gemeinden einen Rückgang von 7,7 %. Gegenüber 2000 fehlt den Kommunen ein Fünftel ihrer ursprünglichen Einnahmequellen. Trotz dieser negativen Entwicklung hat der Bundesgesetzgeber die abzuführende Gewerbesteuerumlage weiter erhöht. Für die Stadt Krefeld bedeutet die Anhebung der Gewerbesteuerumlage von 2002 auf 2003 eine um 1,429 Mio. Euro höhere Umlagezahlung. Die CDU-Fraktion bekräftigt ihre Forderung nach einer durchgreifenden Gemeindefinanzreform. Infolge dieser dramatischen Einnahmeausfälle wird der Haushalt 2003 nicht genehmigt. Die Haushaltswirtschaft kann nach einem Erlass des Nordrhein-Westfälischen Innenministers nur unter den einschränkenden Bedingungen der so genannten „vorläufigen Haushaltswirtschaft“ geführt werden. Die vorläufige Haushaltswirtschaft lässt aber kaum Gestaltungs- und Bewegungsspielräume zu. Daher ist die CDU-Ratsfraktion der Empfehlung des

Stadtkämmerers gefolgt, anstatt des ursprünglich geplanten Doppelhaushalts für die Jahre 2003 und 2004 einen Etat nur für das Jahr 2003 zu verabschieden. Trotz der extremen Steuer- und Zuweisungsausfälle in den Jahren 2001 in Höhe von 69,3 Mio. Euro und in 2002 von 33,3 Mio. Euro bleibt der Haushaltsausgleich oberstes Ziel.

Der vom Rat der Stadt Krefeld für das Haushaltsjahr 2004 verabschiedete Etat weist einen Fehlbetrag von 290,530 Mio. Euro aus. In diesem Defizit, das ausschließlich im Verwaltungshaushalt auftritt, sind abzudeckende Fehlbeträge aus Vorjahren von 243,400 Mio. Euro enthalten; sie sind maßgeblich durch die enormen Steuer- und Zuweisungsausfälle - insbesondere in den Jahren 2001 und 2002 von über 100 Mio. Euro - geprägt. Das ist ein schwerer Rückschlag bei den Bemühungen, den Haushalt der Stadt Krefeld in Ordnung zu bringen. Der Haushaltsausgleich ist und bleibt aber oberstes Ziel. Das Volumen des Verwaltungshaushalts 2004 wird dadurch begrenzt, dass den einzelnen Geschäftsbereichen für das Haushaltsjahr 2004 auf der Basis der Beschlüsse des Finanzplanungsrates zum Nationalen Stabilitätspakt nur ein Zuwachs des Budgets um 1 v. H. zugebilligt wird, bezogen auf die Haushaltsansätze des Jahres 2003. Die Tarifierhöhung des öffentlichen Dienstes muss innerhalb der vorstehenden Vorgabe aufgefangen werden. Auch der nicht-investive sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand muß weiter begrenzt bleiben, wie dies bereits in den vergangenen Jahren mit einem Rückgang von 32,2 % im Jahre 1993 auf rund 19,6 % im Jahre 2004 praktiziert wird. Durch Beschluß des Rates der Stadt Krefeld vom 24.11.1994 sind die städtischen Eigen- und Beteiligungsgesellschaften weiterhin aufgefordert, zu den städtischen Konsolidierungsbemühungen einen angemessenen Beitrag zu erbringen. Eine methodische und systematische Fortführung der Aufgabenkritik, in der darzulegen ist, inwieweit Leistungen entbehrlich sind, eingeschränkt werden können, sich durch Rationalisierung und Privatisierung wirtschaftlicher erbringen lassen, ist weiterhin mit dem Ziel der Kosteneinsparung bzw. der Erhöhung des Kostendeckungsgrades erforderlich.

Der Haushalt für das Jahr 2004 ist vor allem durch bundespolitische Entwicklungen geprägt. Die Steuerreform und die aktuelle Konjunkturlage hinterlassen weiterhin Spuren in den Haushalten der Städte und Gemeinden. Die enormen Steuereinbrüche der Vorjahre und die aktuelle Rückführung der Schlüsselzuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen um rd. 25 Mio. Euro sind eine gewaltige Belastung auch für die künftigen Haushaltsjahre. Aus Sicht der Stadt Krefeld muß die Reform sowohl am Gemeindesteuersystem als auch bei den Ausgabebelasten, insbesondere bei den Soziallasten ansetzen. Die Reform muß eine erhebliche Stärkung der finanziellen Ausstattung der Stadt Krefeld bringen. Der durch den vom Gesetzgeber verursachte Verlust der städtischen Steuereinnahmen, die Übertragung von staatlichen Leistungsverpflichtungen ohne zusätzliche Finanzmittel und die erzwungene Mitfinanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben muß korrigiert werden. Dennoch hat die solide Haushalts- und Finanzwirtschaft der CDU-Ratsfraktion dazu geführt, dass die langfristigen Schulden der Stadt Krefeld um 40 % vermindert werden konnten. Ohne die seit 1993 durch die Krefelder CDU-Ratsfraktion eingeleiteten Sparmaßnahmen würde der Haushalt der Stadt Krefeld im Jahr 2004 ein Defizit von insgesamt 966 Millionen Euro ausweisen. Dieses Defizit hat die CDU-Fraktion durch einen strikten Sparkurs auf rund 290 Millionen Euro zurückgeführt.

Bau, Planung, Stadtentwicklung

Bau, Wohnungswesen und Verkehrsplanung haben weiterhin hohe Bedeutung. Mit erheblichen Summen investiert die Stadt sinnvoll und nachhaltig in ihre Zukunft. Attraktivitätssteigerung der Innenstadt und der Stadtteilzentren sowie Pflege und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sind die Handlungsmaximen der von der CDU-Ratsfraktion initiierten Maßnahmen. Mit dem Umbau beispielsweise des Platzes an der Alten Kirche (286.000 Euro) und der Gestaltung des Platzbereiches Peters-/Lohstraße (1.065.000 Euro) setzt die CDU-Fraktion wichtige Akzente der Stadtentwicklung.

Die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes wird beschlossen, eine Entwurfsfassung wird von der Stadtverwaltung vorgelegt. Der Flächennutzungsplan von 1974 ist bereits vielfach in vereinfachter Form geändert und kann erforderliche Korrekturen und neue Überlegungen zur Struktur des städtischen Gesamttraumes nicht mehr hinreichend berücksichtigen. Parallel werden Bebauungsplanverfahren abgeschlossen und dadurch notwendige Entwicklungspotentiale für den Wohnbau aber auch Gewerbe- und Industrieansiedlungen erschlossen.

Ein Entwicklungskonzept für die Flächen entlang der A 44 wird erstellt und beschlossen, für die Erschließung in Hüls-Südwest werden 200.000 Euro zur Verfügung gestellt. Hinsichtlich der Westumgehung wird mit den Nachbarkommunen Einvernehmen bezüglich der Trassenführung erzielt. Zur Entwicklung des Krefelder Hafens wird ein Grundsatzbeschluss gefasst. Danach soll eine neue Hafenbrücke als Hubbrücke erstellt, die Bataverstraße begradigt und fortgeführt, Pläne für den endgültigen Ausbau der Hafenringstraße sollen erstellt sowie Planungsvorbereitungen für eine zweite Containerbrücke getroffen werden. Der Straßenbaulastträger der A 57 wird aufgefordert, die A 57 im Abschnitt zwischen Kamp-Lintfort und Strümp für den sechsspürigen Ausbau vorzusehen, wenn dadurch eine deutliche Verbesserung des Umweltschutzes und eine Optimierung der städtebaulichen Qualität (Lärmschutz, Tunnellage, Beseitigung der städtebaulichen Trennung) sowie der Verkehrsleistung erreicht werden kann.

Die Straßeninstandsetzung wird mit Mitteln in Millionenhöhe betrieben. Die Fortschreibung des Marketing-Konzeptes wird beschlossen, die Fortschreibung des Zentrenkonzeptes wird eingeleitet. Neben der weiteren Attraktivitätssteigerung der Innenstadt und der Stadtteilzentren wird eine beträchtliche Summe in den Ausbau, die Sanierung und die Sicherheit des Krefelder Straßen- und Radwegenetzes investiert. In die Unterhaltung, Modernisierung und den Ausbau des Kanalnetzes fließen ebenfalls Mittel in Millionenhöhe.

Das Planungsverfahren zum Neubau der Stadtbücherei am Theaterplatz wird eingeleitet, die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für den Anschluss der Hafenringstraße an die Düsselendorfer Straße werden geschaffen, die Hentrichstraße soll begradigt werden, Planungskosten für die Nordumgehung Schicksbaum werden etatisiert, zahlreiche Haltestellen zu Buskaps umgebaut. Mit der Umgestaltung des Uerdinger Marktplatzes wird begonnen. Das Brückenbauwerk für den Ringschluss Deutscher Ring wird durch den Bahndamm gepresst. Mit den Beschlüssen für zum Beispiel die Krefelder Straße, die Gladbacher Straße, die Umgehung Fischeln Süd-West sowie die Duisburger Straße macht sich die CDU-Fraktion für ein leistungsfähiges Krefelder Straßennetz stark. Die Sanierung des Südwalls schreitet fort.

Der zur Fortschreibung des Zentrenkonzeptes eingerichtete Arbeitskreis hat seine Arbeit mit einem Entwurf abgeschlossen, der in den zuständigen Ratsausschüssen beraten wird. Nach einem von der CDU-Fraktion initiierten Beschluss des Stadtrates soll der Theaterplatz und sein Umfeld zu einem Kulturschwerpunkt entwickelt und aufgewertet werden, damit die Krefelder Innenstadt in ihrer Attraktivität weiter gestärkt wird. Es wird ein Unterausschuss „Theaterplatz“ des Hauptausschusses gebildet, der das Projekt begleitet. Aus dem Landesprogramm „50 Stadtplätze“ werden finanzielle Zuwendungen des Landes erwartet, die Voraussetzung für eine Inangriffnahme und Realisierung der Gesamtmaßnahme sind.

Die Platzgestaltungen in den Stadtbezirken werden fortgeführt und zum Abschluß gebracht. Das gilt insbesondere für die Gestaltung des Marktplatzes in Uerdingen. Darüber hinaus wird für Platzgestaltungen in der Innenstadt ein Betrag von rd. 800.000 Euro bereitgestellt. Der attraktiven Gestaltung der Innenstadt dient auch die Umsetzung des Begrünungsprogramms, für das mittelfristig rd. 600.000 Euro zur Verfügung gestellt werden. Für den Ausbau des Bottermaats in Hüls werden in 2004 Finanzmittel in Höhe von 120.000 Euro veranschlagt und für die Gestaltung des Bockumer Platzes stehen 50.000 Euro bereit. Mit der Überdachung der Königstraße, der Umgestaltung des Platzes an der Alten Kirche und des Schwanenmarktes werden wichtige Akzente in der Innenstadt gesetzt.

Gegen die Reaktivierung des „Eisernen Rheins“ auf der historischen Trasse wendet sich die CDU-Ratsfraktion mit einer Resolution. Als Trassenführung schlägt die CDU-Ratsfraktion eine Neubaustrecke entlang der BAB 40 vor. Der Rat fasst mit der Mehrheit der CDU-Ratsfraktion eine Entschließung zum so genannten IEC, mit der die Vermarktung der Thyssen-Fläche im Sinne einer Entwicklung der Stadt Krefeld grundsätzlich begrüßt, für die Nutzung durch ein IEC aber Bedingungen formuliert werden.

Für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Krefelder Hafens werden auf der Grundlage des beschlossenen Hafenprogramms die finanziellen Weichen gestellt.

Um auch weiterhin gezielt Schwerpunkte der Stadtentwicklung in Angriff zu nehmen und die für die Realisierung solcher Vorhaben notwendigen Grundstücke erwerben zu können, werden in den kommenden Jahren zusätzliche Haushaltsmittel für Ankauf und Freimachung von Grundstücken in einer Größenordnung von 4,3 Mio. Euro bereitgestellt, so dass auch in Zukunft notwendige Investitionsvorhaben für die Stadt Krefeld realisiert werden können.

Mit dem Ziel einer deutlichen Aufwertung und der Schaffung eines Durchstichs zur Lange Straße für Passanten wird für die bahnseitig geplante und nur teilweise durch die Deutsche Bahn AG finanzierte Umgestaltung des Bahnhofs Uerdingen ein städtischer Finanzierungsanteil von rd. 1,1 Mio. Euro bei Gesamtinvestitionen von rd. 2,6 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Jugend/Soziales/Gesundheit

Mit regelmäßig über 20 % der Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes setzt die CDU-Ratsfraktion einen Schwerpunkt im Bereich Jugend/Soziales/Gesundheit. Zwar können die freien Träger von den allgemeinen Sparzwängen nicht ausgenommen werden, dennoch erlaubt ihnen die Gestaltung der Etatansätze die Fortsetzung ihrer wichtigen Arbeit in Krefeld. Die freien Träger der Jugend- und Sozialhilfe in Krefeld werden durch die Stadt Krefeld entsprechend den Aufgaben, die sie für die Stadt Krefeld und deren Bürger wahrnehmen, finanziell in hohem Maße gefördert. Dabei wird nicht verkannt, dass die freien Träger von notwendig gewordenen Einsparungen betroffen sind, die jedoch sozialverträglich sind. Damit hat die CDU-Fraktion ein wichtiges Ziel ihrer Politik erreicht: ausgewogene Versorgungsstrukturen bei größtmöglicher Stabilität der städtischen Finanzen vorzuhalten.

Die ökologische und pädagogische Umgestaltung von Kinderspielplätzen wird mit 50.000 Euro fortgesetzt. Die Planungen für den Bau eines Alten- und Pflegeheimes in Oppum schreiten fort. Als Bauträger wird die Bau GmbH tätig, Betriebsträger wird die Stadt Krefeld.

Nachdem der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Krefeld erfüllbar ist, liegt der Schwerpunkt beim weiteren Ausbau des Angebotes für eine qualifizierte Tagesbetreuung für Kinder. Der Stufenplan „Qualifizierte Tagesbetreuung für Kinder im schulpflichtigen Alter“ sowie das Aktionsprogramm „Verlässliche Schule von acht bis eins sowie von acht bis vier“ werden um- bzw. fortgesetzt. An Grundschulen, in Tageseinrichtungen für Kinder und in Einrichtungen der Jugendarbeit entstehen weitere 250 Plätze. Die Seniorenarbeit wird weiter gefördert. Mit dem Plan für „Menschen mit Behinderung in Krefeld“ wird die integrierte Sozialplanung um einen weiteren Baustein ergänzt. Für die Kinder- und Jugendeinrichtungen gibt es ein umfassendes Instandsetzungsprogramm. Anfällige Bauteile, z. B. die Dächer an der Kindertagesstätte Remscheider Straße oder Märklinstraße, erfordern einen hohen Reparaturaufwand. Für das Wohngebiet „Am Schicksbaum“ wird eine neue Kindertagesstätte geplant.

Die örtlichen Bemühungen zur Beschäftigungsförderung werden über die Zentralstelle für Beschäftigungsförderung (ZfB) und das Regionalsekretariat fortgesetzt. Die ZfB hat ihre Angebotspalette erweitert und die Gesamtzahl der teilnehmenden Personen ist erneut gestie-

gen. Gestiegen ist auch die Anzahl der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger, die in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist nicht zuletzt dank dieser Anstrengungen weiter rückläufig. Andererseits kommen auf die Sozialhilfe durch den Rückzug des Landes aus dem Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“, dem teilweisen Rückzug des Bundes aus der Finanzierung des Unterhaltsvorschusses und weiterer struktureller Änderungen erhebliche Mehrbelastungen zu. Das erweiterte Antragsverfahren hat sich bewährt und wird im Fachbereich Soziales flächendeckend eingeführt. Krefeld hat inzwischen die niedrigste Zugangsquote zur Sozialhilfe in ganz NRW. Es ist in den letzten Jahren gelungen, den Ausgabebedarf zu begrenzen und den Mißbrauch von Sozialhilfeleistungen wirksam zu bekämpfen; diese Bemühungen sind auf Dauer aber nicht geeignet, den durch die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik von Bundes- und Landesregierung verursachten Anstieg der Sozialkosten zu kompensieren. Ferner ist die Stadt Krefeld finanziell nicht in der Lage, die Verluste, die durch gekürzte oder gestrichene Landesmittel entstehen, auszugleichen.

Für die Fortführung des Sprachförderprogramms für ausländische Frauen werden 50.000 Euro zur Verfügung gestellt. Damit soll das im Rahmen des Handlungskonzeptes Krefeld Süd durchgeführte Sprachförderprogramm mit bisher rd. 1.000 Teilnehmerinnen für zugewanderte Erwachsene (insbesondere Frauen) fortgeführt werden

Schule und Kultur

Rund 85 Millionen lässt sich die Stadt Krefeld das Schulwesen einschließlich Volkshochschule in den Jahren 2000/2001 kosten. Ein großer Anteil entfällt auf laufende Personal- und Geschäftsausgaben. Rund 16,5 Mio. Euro sind für Investitionen vorgesehen. Damit trägt die CDU-Ratsfraktion der „hohen Bedeutung des Schulwesens“ Rechnung. Darüber hinaus sind in der mittelfristigen Investitionsplanung die Errichtung einer Grundschule in Schicksbaum einschließlich einer Zweifachsporthalle, die Erweiterung der Gemeinschaftsgrundschule Eichendorffstraße einschließlich der Errichtung einer Zweifachsporthalle, die Erweiterung der Gemeinschaftsgrundschule Hülse Straße, die Erweiterung des Maria-Sybilla-Merian-Gymnasiums, die Erweiterung des Gymnasiums am Stadtpark in Uerdingen, die Erweiterung der Kaufmannsschule, die Erweiterung des Berufskollegs Uerdingen, die Erweiterung und der Umbau der Friedrich-von-Bodenschwingh-Schule, die Errichtung einer Dreifachsporthalle an der Kurt-Tucholsky-Gesamtschule sowie erhebliche Beträge für die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen vorgesehen. Die Schulentwicklungsplanung wird fortgeschrieben und sieht mittelfristig keine wesentlichen Veränderungen in der Schullandschaft vor.

Auf Antrag der CDU-Fraktion wird der erste Medienentwicklungsplan für die Stadt Krefeld erarbeitet. Insgesamt gibt es 1.830 Personalcomputer an den 70 Krefelder Schulen, von der Grundschule bis zum Berufskolleg. Ziel des Medienentwicklungsplanes ist es, für eine relative Vereinheitlichung der technischen Ausstattung auf neuem Stand zu sorgen, Inter- und Intranetlösungen zu garantieren, Netzwerke zu installieren und mit einer einheitlichen Software zu arbeiten.

Das Dr.-Isidor-Hirschfelder-Schullandheim in Herongen wird nicht geschlossen. Zur Weiterführung wird das Nutzungsentgelt moderat erhöht. Schulradwegpläne weisen den sichersten und besten Weg von der Haustüre zur Schule. Im Haushalt 2002 sind es rund 41 Mio. Euro, die für die Krefelder Schulen vorgesehen sind.

Auf der Grundlage des vom Rat am 20.12.2001 beschlossenen mittelfristigen Schulinvestitionsprogramms (SIP) mit einem Gesamtvolumen von rd. 50 Mio. Euro werden im Investitionsprogramm 2002 – 2006 die Finanzmittel für notwendige Schulstandsetzungen, Schulbauten und Schulausstattungen bereit gestellt. Ziel ist es, darüber hinaus die nach der Schulentwicklungsplanung notwendigen Erweiterungsbauten (z.B. Grundschule Fischeln) zu errichten, das Schulstandsetzungsprogramm mit dem neuen Schwerpunkt „Brandschutz“, für den mittelfristig allein rd. 9 Mio. Euro bereit gestellt werden (Grundschulen: 1.075.000 Euro; Hauptschulen: 1.060.000 Euro; Realschulen: 1.060.000 Euro; Gymnasien: 2.150.000

Euro; Berufsschulen: 1.595.000 Euro, Sonderschulen; 1.030.000 Euro und Gesamtschulen: 1.070.000 Euro) fortzusetzen und das Programm für die informationstechnische Grundausstattung der Krefelder Schulen zu realisieren. Angesichts dieser erheblichen Investitionen muss die zeitliche Verschiebung der bildungspolitisch notwendigen und auch wünschenswerten Erweiterung des Berufskollegs Uerdingen, die einen Gesamtausgabebedarf von rd. 3,8 Mio. Euro erfordert, zunächst in Kauf genommen werden, die dann jedoch im Etat 2004 verankert wird.

Das Projekt „Offene Ganztagsgrundschule“ wird an zwei ausgewählten Schulen (Regenbogenschule an der Gladbacher Straße und Grundschule Schicksbaum) eingeführt und erprobt. Dafür sind rd. 30.000 Euro eingeplant. Insgesamt rund 43,1 Mio. Euro lässt sich die Stadt Krefeld das Schulwesen einschließlich Volkshochschule 2003 kosten. Auf der Grundlage des vom Rat beschlossenen mittelfristigen Schulinvestitionsprogramms (SIP) werden auch Haushalt 2004 sowie im Investitionsprogramm 2003 – 2007 die Finanzmittel für notwendige Schulstandsetzungen, Schulbauten und Schulausstattung bereit gestellt. Für die Erweiterung des Berufskollegs Uerdingen werden bei einem Gesamtausgabebedarf von rd. 4 Mio. Euro zunächst rund 1,2 Mio. Euro für 2004 in einem besonderen Kraftakt in den Haushalt aufgenommen. Das Projekt „Offene Ganztagsgrundschule“ wird fortgesetzt. Dafür sind im Haushalt 2004 für laufende Ausgaben 178.000 Euro und für Investitionsmaßnahmen 480.000 Euro eingeplant. 2004 lässt sich die Stadt Krefeld das Schulwesen insgesamt rund 46,3 Mio. Euro kosten.

Für die Kulturpflege stehen 2000/2001 insgesamt rund 49,6 Mio. Euro zur Verfügung. Neben erheblichen Ausgaben für die laufenden Personal- und Geschäftsausgaben sind umfangreiche Investitionsmaßnahmen vorgesehen. Die Vielfalt und Qualität der Krefelder Kulturszene wird durch das städtische Angebot und die Förderung des freien Angebots gesichert. Das Theaterkuratorium hat die Voraussetzungen für den Bestand des Gemeinschaftstheaters als Drei-Sparten-Theater geschaffen. Hierzu werden die Werkstattbetriebskosten von den Trägerstädten zusätzlich übernommen und mit einer zeitlichen Unterbrechung bleibt es bei der maximalen Steigerung des Zuschussbedarfs von 2 % pro Spielzeit (ab 2003 nur noch 1 % Steigerung pro Spielzeit). Im Investitionsprogramm ist der weitere Ausbau der Fabrik Heeder vorgesehen. Die Weichen für den Bau der Großkatzenanlage im Krefelder Zoo werden gestellt. Darüber hinaus initiiert die CDU-Ratsfraktion ein mittelfristiges Konzept zur Weiterentwicklung des Krefelder Zoos. Die Sanierung der Dächer des Kaiser-Wilhelm-Museums wird beschlossen. Die CDU-Fraktion befürwortet den Bau einer Ausstellungshalle für die Unterbringung des karolingischen Lastkahns am Museum Burg Linn. Planungskosten für den Umbau und die Erweiterung der Musikschule Haus Sollbrüggen sind im Haushalt vorgesehen. Die Sanierung der Hülser Burg einschließlich der Erneuerung der Burgbrücke ist vorgesehen. Die Stadt beteiligt sich an den Kosten. Die NS-Dokumentationsstelle in der Villa Merländer wird zehn Jahre alt. Das Gebäude des Theaters am Marienplatz (TAM) soll instand gesetzt werden. Das Frauenkulturbüro NRW in Krefeld wird weiter durch die Stadt gefördert. Für die Sanierung der Parkanlagen Haus Esters und Haus Lange werden die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen. Die Stadtbücherei Uerdingen wird entgegen dem Vorschlag des Verwaltungsvorstandes erhalten.

2002 gibt die Stadt Krefeld für die Kultur- und Heimatpflege rd. 29,2 Mio. Euro aus. Davon entfallen auf den Verwaltungshaushalt (Ifd. Personal- und Sachausgaben) ca. 27,5 Mio. Euro während der Ausgabebedarf für Investitionen im Kulturbereich ca. 1,7 Mio. Euro beträgt. Den "Kulturkuchen" teilen sich im Verwaltungshaushalt das Stadttheater (ca. 11,6 Mio. Euro), die städtischen Museen, Stadtarchiv und NS-Dokumentationsstelle (rund 3,5 Mio. Euro), der Krefelder Zoo (rund 3 Mio. Euro), die städtische Musikschule (rund 1,6 Mio. Euro), die Fabrik Heeder (rund 500.000 Euro), das Kinder- und Jugendtheater "Kresch" (rund 500.000 Euro), die Stadtbücherei (rund 2 Mio. Euro), die allgemeine Kulturverwaltung und sonstige Kulturförderung mit etwa 865.000 Euro. Die Sanierung der Hülser Burg wird fortgesetzt. Für die Instandsetzung des Gebäudes, in dem sich das Theater am Marienplatz (TAM) befindet, werden rund 200.000 Euro in den städtischen Haushalt eingestellt. Das Sprachförderpro-

gramm für ausländische Frauen wird mit rund 25.000 Euro weiter bezuschusst. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Kürzung der Zuschüsse an die freien Kulturschaffenden wird von 15 % auf 10 % abgesenkt. 2003 sind es rund 30,3 Mio. Euro die für die Kultur zur Verfügung stehen. Für den Krefelder Zoo wird unter Beteiligung externer Berater ein Entwicklungskonzept erarbeitet. Dafür stehen im Haushalt rund 60.000 Euro bereit.

2004 gibt die Stadt Krefeld für die Kulturpflege rd. 34,3 Mio. Euro aus. Mit einem Gesamtvolumen von rund 18,3 Mio. Euro stehen in den Jahren 2004 ff wesentliche Kulturinvestitionen an. Dazu gehört nicht nur der jetzt beschlossene Ausbau der Fabrik Heeder (Heeder II), sondern beispielsweise ebenso die Investitionsmaßnahmen zugunsten des Zoos, des Kaiser-Wilhelm Museums und der Musikschule. Das Kaiser-Wilhelm-Museum, das 1897 eröffnet wurde, hat sich im Laufe des 20. Jahrhunderts zu einem der bedeutenden Zentren moderner und neuester Kunst entwickelt. Mit den dort präsentierten Exponaten mit Werken von Christo, George Segal, Andy Warhol, Joseph Beuys, Claude Monet, Wasily Kandinsky und weiteren international renommierten Künstlern besitzt das Haus einen international bedeutsamen Ruf. Um dieses Haus auch von seiner Baukonstruktion und den technischen Anlagen auf einem den heutigen Stand der Technik entsprechenden Level zu bringen, hat die CDU-Ratsfraktion 6 Mio. Euro (je drei Mio. Euro in 2004 und 2005) für die Sanierung des Museums bereit gestellt. Für den Krefelder Zoo sind Investitionen von rund fünf Mio. Euro (je zwei Mio. Euro in 2004 und 2005 und eine Mio. Euro in 2006) notwendig. Damit kann auf Dauer der Betrieb dieser in der Bevölkerung und weit über die Grenzen Krefelds hinaus beliebten kulturellen Einrichtung gewährleistet werden und können für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zeitgemäße und moderne Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Diese Investition ist für den Fortbestand des Krefelder Zoos unerlässliche Voraussetzung.

Umwelt und Energie

Die Freiraum- und Landschaftsplanung sowie der Schutz und die Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen sind Inhalt und Ziel der von der CDU-Ratsfraktion verantworteten Umweltpolitik. Die Durchführung des Landschaftsplanes und der Ankauf schutzwürdiger Flächen findet in den Haushalten der Stadt Krefeld Berücksichtigung. Der Prozess der „Lokalen Agenda 21“ wird unterstützt. Der Beschluss zur Anpassung des Landschaftsplanes wird im Rahmen der Neuaufrstellung des Flächennutzungsplanes gefasst. Für die Pflege, Erneuerung und Erweiterung des Baumstandes an den Krefelder Straßen stehen allein 2000/2001 rund 50.000 Euro zur Verfügung. Die Voraussetzungen für die Erweiterung des Umweltzentrums Carstanjen wurden geschaffen. Standorte für Mobilfunksendeanlagen dürfen nur im Einvernehmen mit der Kommune ausgewählt werden. Für die Instandsetzung der Wege in den Kleingartenanlagen werden 2000/2001 rund 50.000 Euro bereitgestellt. Mit dem Projekt „Euroga 2002 plus“ hat die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Krefeld konsequent den Gedanken regionaler Biotopverbundsysteme, öffentlicher Parkanlagen und Grünflächen fortgeführt. Hierfür hat das Investitionsprogramm rund 19 Mio. Euro vorgesehen.

Für die Entschlammung der Holtmoers werden rund 130.000 Euro in den Haushalt aufgenommen, die Durchführung der Maßnahme ist allerdings abhängig von der Co-Finanzierung durch eine Landeszuweisung in Höhe von 78.000 Euro. Für die Sanierung der Wege auf den städtischen Friedhöfen werden 2002 rund 30.000 Euro bereitgestellt.

Trotz der defizitären Haushaltslage hat ein nachhaltiger Umweltschutz für die CDU-Fraktion Priorität. Nachdem die Maßnahmen zur Euroga 2002plus, die zu einer erheblichen ökologischen und gestalterischen Verbesserung der historischen Garten- und Parkanlagen in Krefeld geführt haben, weitestgehend abgeschlossen sind, werden das für deren Erhalt und Pflege notwendige Personal und die erforderlichen Finanzmittel bereitgestellt. Dafür wird das Personalkostenbudget im Geschäftsbereich „Umwelt und Gesundheit“ für die Durchführung von Pflege- und Unterhaltungsarbeiten im Eurogabereich um 250.000 Euro aufgestockt. Die Ausgaben des Verwaltungshaushalts für das im Umweltamt und in der unteren Landschaftsbehörde eingesetzte Fachpersonal betragen 2003 rund 1,68 Mio. Euro. Die übrigen Mittel

des Verwaltungshaushaltes stehen für Umwelterziehung, Zuschüsse an Natur- und Umweltverbände sowie verschiedene andere Maßnahmen und Projekte zur Verfügung.

Für die Erweiterung des Krefelder Umweltzentrums werden rund 45.000 Euro bereitgestellt. Weitere 45.000 Euro folgen im Haushalt 2004, damit den zunehmenden Anmelde- und Teilnehmerzahlen für Schulklassenbesuche, Lehrerfortbildungen, Qualifizierungsmaßnahmen usw. Rechnung getragen werden kann. Darüber hinaus werden für den Waldspielplatz im Bebauungsplangebiet 396 – Josef-Brocker-Dyk/Josef-Lenders-Dyk – wie von der Anwohnerinitiative Waldspielplatz beantragt - rund 30.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Sport und Freizeit

Getreu ihrem Konzept, Sport und Freizeit nicht als Luxus, sondern als notwendigen Ausgleich, zentrales Bedürfnis der Gesundheitsvorsorge und Möglichkeit sozialer Interaktion zu werten, stellt die CDU-Fraktion weiterhin erhebliche Beträge für die eigenen Sportstätten und die Sportförderung bereit. Allein im Verwaltungshaushalt 2000/2001 sind für die laufenden Personal- und Geschäftsausgaben rund 17,9 Mio. DM vorgesehen. Rund 4,6 Mio. Euro stehen für Investitionen bereit.

Als Investitionen in die ohnehin gute Krefelder Sportinfrastruktur sind beispielsweise der Bau der Bezirkssportanlage in Oppum sowie die Gestaltung der Außenanlagen am Badezentrum in Bockum vorgesehen. Bei der Förderung der Vereine und Verbände wird an den Sportförderrichtlinien festgehalten. Die Planungen für das Stadtbad Neusser Straße werden begonnen

Über das Investitionsprogramm 2000 – 2004 wird für den Neubau einer Veranstaltungshalle bei Gesamtkosten von rund 28 Mio. Euro ein städtischer Eigenanteil in Höhe von 6,1 Mio. Euro bereitgestellt. Die Krefelder Bau GmbH wird mit der Projektentwicklung und –bearbeitung beauftragt; als Betreibergesellschaft fungiert die Seidenweberhaus GmbH, über die der städtische Einfluss von mindestens 51 % sichergestellt ist.

Mit dem Bau der Bezirkssportanlage in Oppum ist die ohnehin gute Sportinfrastruktur in Krefeld noch erheblich verbessert worden. Die Mitglieder des Aufsichtsrates der Bau GmbH erhalten den Auftrag, auf der Grundlage des vorliegenden technischen Konzeptes, des Verkehrskonzeptes, des Nutzungs- und Betriebskonzeptes sowie des Finanzierungs- und Investorenkonzeptes durch die Krefelder Bau GmbH eine Veranstaltungshalle mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von ca. 28 Mio. Euro zu errichten, die nach Fertigstellung durch die Seidenweberhaus GmbH betrieben werden soll.

Dank der Initiative der CDU-Ratsfraktion geht die Stadt auf die aktuellen Ansprüche mit einem umfassenden Maßnahmenpaket ein, das die Sanierung und Unterhaltung vorhandener Anlagen ebenso wie den Neubau städtischer Sportanlagen vorsieht. Die Deckenerneuerung im Badezentrum Bockum beginnt, für die Erneuerung des Leitungs- und Rohrsystems des Freibades werden rund 450.000 Euro etatisiert. Die Dreifachsporthalle an der Kurt-Tucholsky-Gesamtschule wird fertig gestellt, das Schulsporthallenangebot wird darüber hinaus durch den Bau einer neuen Zweifachsporthalle an der Gemeinschaftsgrundschule Eichendorffstraße weiter komplettiert. Der Bau der Mehrzweck- und Veranstaltungshalle an der Westparkstraße geht planmäßig voran.

Verwaltung und Organisation

Die Zahl der Personalstellen wird im Einklang mit der Aufgabenerfüllung und dem Gesamtpersonalrat weiter reduziert. Zahlreiche Stellen werden entsprechend ihrem Stellenwert angehoben und dadurch den Mitarbeitern die Möglichkeit zu einer Beförderung eröffnet. Überall dort, wo es in der Verwaltung sinnvoll und zweckmäßig ist, werden verstärkt bewährte betriebswirtschaftliche Instrumente und Methoden eingesetzt. Damit einher geht eine systema-

tische, methodische und permanente Aufgabenkritik. Der Frauenförderplan für die Stadtverwaltung wird novelliert. Die Einführung von Telearbeitsplätzen wird erprobt.

Die Stadtverwaltung bietet in erheblichem Umfang Ausbildungsplätze (43) in den verschiedenen Verwaltungsbereichen und Berufs- und Tätigkeitszweigen an. Obwohl zur Verbesserung der Personalausstattung der städtischen Kindergärten im Jahr 2002 zusätzlich 9 Stellen einrichtet werden, ist die Zahl der Stellen seit 1994 bei der Stadtverwaltung Krefeld immerhin von 3.458 um 670 auf 2.788 gesunken. Dass gerade im mittleren Verwaltungsdienst die so genannte "Stellenobergrenzenverordnung" weitere Stellenanhebungen erschwert, hält die CDU-Ratsfraktion für besonders ärgerlich. Der mittlere Dienst ist eine tragende Säule der Verwaltung. Deshalb setzt sich die CDU-Fraktion für Ausnahmeregelungen ein, damit auch die Beamten und Beamtinnen im mittleren Dienst leistungsgerecht besoldet werden können.

Das Studieninstitut Niederrhein (S.I.N.N.) erweitert nach Anschluss der Kreise Kleve und Wesel sein Raumangebot. Die aus den Stellenwertanhebungen resultierenden Beförderungsmöglichkeiten können aufgrund der Auflagen der Aufsichtsbehörde leider nicht in die Tat umgesetzt werden.

Trotz intensivster Bemühungen ist die Aufsichtsbehörde im Jahr 2003 nicht von ihrem Kurs abgewichen, den generellen Beförderungsstopp als einen wirksamen Beitrag zur Haushaltssicherung zu werten. Dies ist unerfreulich, weil die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter trotz Arbeitsverdichtung die Aufgaben weiter erledigen. Auch der Stellenplan 2004 weicht nicht von dem Kurs einer verantwortungsvollen und sparsamen Personalwirtschaft ab. Die Personalausgaben, deren Anteil am Volumen des Verwaltungshaushalts im Jahre 1993 noch 26,5 % betrug, werden auf einen Anteil von 18,2 % des Verwaltungshaushaltsvolumens zurückgeführt. Zwar hat die CDU-Fraktion den begründeten Stellenwertanhebungen zugestimmt, eine Beförderung der Stelleninhaber kommt aber in vielen Fällen auf Grund der Restriktionen der Kommunalaufsicht nicht in Betracht. Trotz intensivster Verhandlungen hat die Aufsichtsbehörde nur einen so genannten „Beförderungskorridor“ zugelassen. Die beabsichtigte Gewährung von (Leistungs-)zulagen an die von dieser Regelung betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat die Aufsichtsbehörde untersagt. Sie sieht hierin einen wirksamen Beitrag zur Haushaltssicherung in einer Situation der kommunalen Finanzen, die im Wesentlichen durch landes- und bundespolitische Rahmenbedingungen ihre Ursachen findet.

Ordnung, Sicherheit und Verkehr

Im Doppelhaushalt 2000/2001 nimmt die Stadt Krefeld mit rund 29,3 Mio. ,Euro an Personal- und Sachausgaben für den Brand-, Katastrophenschutz und den Rettungsdienst und einem erheblichen mittelfristigen Investitionsvolumen ihre Verantwortung für die Sicherheit und den Schutz vor Gefahren ernst. Einen besonderen Stellenwert genießt neben der Ausstattung der Sicherheitsdienste mit modernem Gerät und Ausrüstung die Verkehrssicherheit für Kinder. In Anlehnung an das Handlungskonzept der Ruhr-Universität Bochum ist ein Maßnahmenkatalog vorgeschlagen, für den die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Die Zahl der Unfälle bleibt in Krefeld entgegen einem steigenden Trend im Land konstant. Die Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschäden hat sogar abgenommen. Auch die Zahl der Kinderunfälle ist zurückgegangen, was die bisherigen Aktivitäten bestätigt und zu weiterem konsequenten Vorgehen anspornt. Die CDU-Fraktion hat nicht nur für die Jahre 2000 und 2001 die erforderlichen Mittel von rund 1,3 Millionen Mark hierfür bereitgestellt, sondern führt das Konzept weiter und stellt die erforderlichen Mittel zur Verfügung. Im Investitionsprogramm werden für die Beseitigung von Unfallschwerpunkten/Radwegeerneuerungen Mittel bereitgestellt. Die Aktion „Fairkehr“ wird 2003 und 2004, wie bereits in den Vorjahren, mit rund 120.000 Euro unterstützt. Für die Herstellung eines Verbindungsweges im Bereich Kliebruchstraße, der der Verbesserung der Verkehrssicherheit für Kinder dient, werden zusätzlich 12.000 Euro bereitgestellt.

Für die Umsetzung des Sicherheitsentwicklungsplanes sind im mittelfristigen Investitionsprogramm die Voraussetzungen geschaffen. Der Kommunale Ordnungsdienst der Stadt Krefeld bleibt erhalten. Für die Funktion des leitenden Notarztes bei Feuerwehr/Rettungsdienst sind pro Jahr rund 30.000 Euro etatisiert. Unter Leitung von Oberbürgermeister Dieter Pützhofen trägt die Reinigungskonferenz zur Sauberkeit in Krefeld bei. Überflüssige Verkehrsschilder werden entfernt. Der CDU-Fraktion ist es wichtig, dass die Stadt Krefeld mit der Finanzierung von Fahrzeugen und Ausstattung für Zivilschutzzwecke in den Bereichen Brandschutz, ABC-Schutz, Sanitätswesen und Betreuung, trotz Finanzenge auch weiterhin dazu beiträgt, dass die Berufsfeuerwehr und die freiwilligen Feuerwehren ihre Aufgabe im Gefahrenschutz erfüllen können. Die Einrichtung eines Bürgerinformationssystems für Großschadensfälle ist geplant. Für den Bau einer neuen Hauptfeuerwache ist die Bereitstellung von Planungskosten in Höhe von 250.000 Euro erfolgt.